



Polizeiinspektion
Harburg

2021

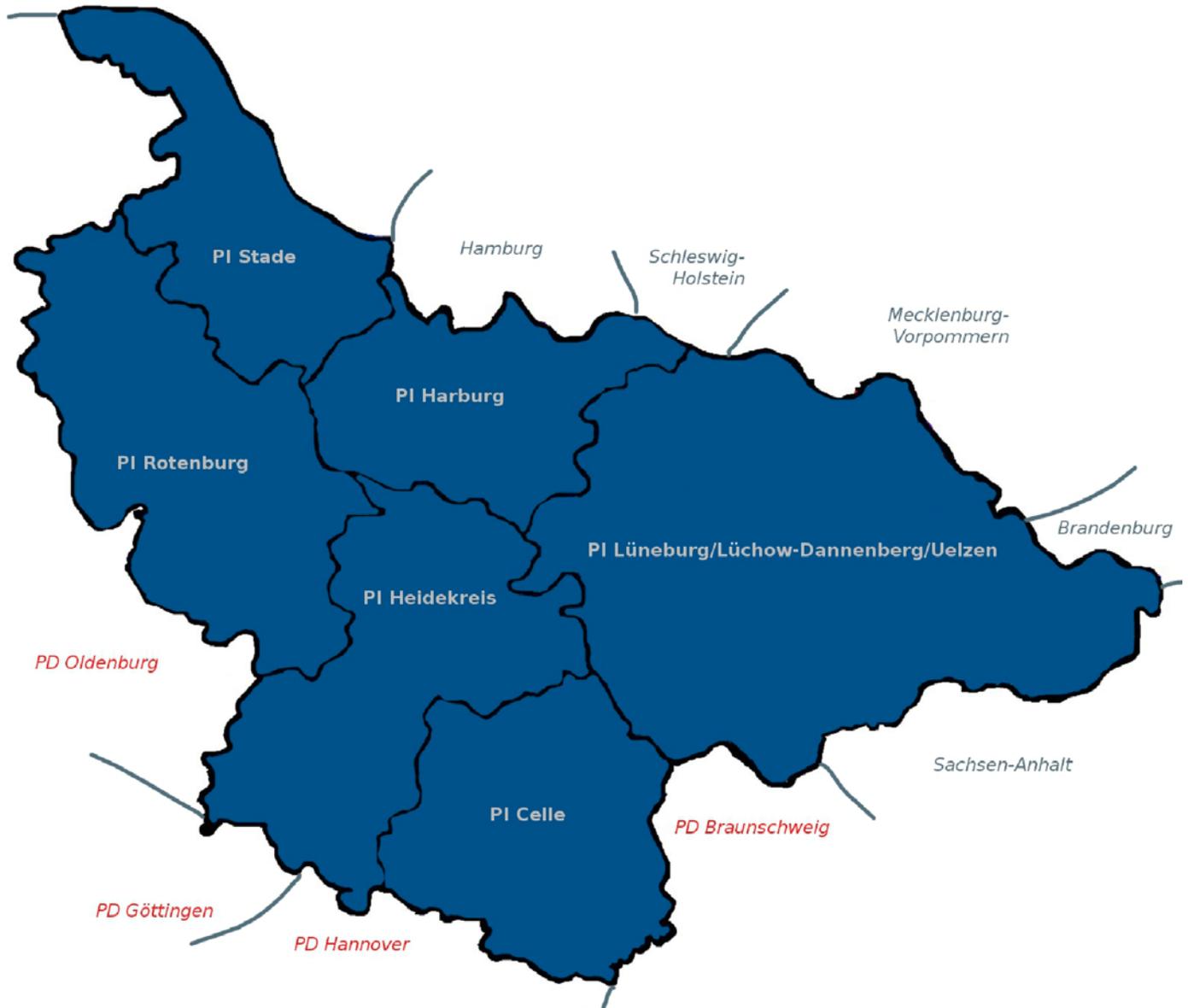
SICHERHEITSBERICHT



POLIZEIDIREKTION
LÜNEBURG



**POLIZEIDIREKTION
LÜNEBURG**



SICHERHEITSBERICHT

2021



VORWORT DES POLIZEIPRÄSIDENTEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Begrifflichkeiten Sicherheit und Polizei sind in unserer Gesellschaft eng miteinander verbunden. Aber was bedeutet Sicherheit eigentlich?

Obgleich Sicherheit gemäß anerkannter Politologen als „zentraler Wertebegriff demokratischer Gesellschaften“ (Endreß 2012) und „eine der wesentlichen Voraussetzungen aller Bereiche des öffentlichen Lebens“ (Petersen 2012) gilt, ist der Begriff nicht genau festgelegt. Als negative Abgrenzung lässt sich Sicherheit jedoch gewiss als Abwesenheit von existentiellen Bedrohungen und Gefahren für Einzelne sowie für Gesellschaften definieren.

Noch immer herrscht in Deutschland eine deutliche Diskrepanz zwischen der objektiven und der gefühlten Sicherheit. Die objektive Sicherheitslage ist so gut wie seit 40 Jahren nicht mehr. Die Anzahl der Straftaten sinkt und gleichzeitig werden mehr Tatverdächtige ermittelt als in den vergangenen Jahrzehnten. Und trotzdem fühlen sich viele Bürgerinnen und Bürger nicht sicher. Ein Faktor hierfür liegt u.a. in der Wahrnehmung von Nachrichten, in vielen Fällen mit der Folge einer überproportional gestiegenen Bereitschaft zur Übernahme populistischer Aussagen und des Strafbedürfnisses. Diesem beeinträchtigten Sicherheitsgefühl wollen wir als Polizei Lüneburg aktiv entgegenzutreten. Denn wer sich unsicher fühlt, der lebt nicht in Freiheit. Und Deutschland ist ein Land in dem man frei und sicher leben kann!

Am Ende ist „Sicherheit“ aber eine Frage der individuellen Betrachtung und stellt die Polizei sowie die moderne Gesellschaft immer wieder vor neue Herausforderungen. Eine sich ständig verändernde Gefahrenlage sowie die Zunahme der Komplexität und das Zusammenwirken von Bedrohungsfaktoren stellen weitreichende Anforderungen an eine moderne Polizei.

Neben dem gesetzlichen Auftrag der Verfolgung und Aufklärung von Straftaten, mit welchem die Organisation Polizei oft zunächst gedanklich verknüpft wird, formuliert das Niedersächsische Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG) auch einen klaren Auftrag zur Abwehr von Gefahren und Verhütung von Straftaten u.a. durch die Polizei. Und diesem Auftrag stellen wir uns gerne; in vielfältiger Weise, jeden Tag aufs Neue, rund um die Uhr.

Prävention ist nicht messbar – diese gern wiederholte These ist nicht von der Hand zu weisen, auch wenn sie so plakativ ausgesprochen nicht korrekt ist. Aber natürlich ist es einfacher eine Statistik über aufgeklärte Straftaten zu führen, als über Straftaten, die durch polizeiliche Intervention und Präsenz gar nicht erst stattgefunden haben. Oder über Gefahren, die bereits während ihrer Entstehung abgewendet werden konnten. Aber genau diese Arbeit aller Mitarbeitenden der Polizei ist eines der Fundamente für den Erhalt der Sicherheit und der Freiheit in unserem Land.

Auch in diesen schwierigen und turbulenten Zeiten einer Pandemie, die unsere gesamte Gesellschaft vor große Herausforderungen stellt, sind wir als Polizei für die Bürgerinnen und Bürger, oft an vorderster Front, im Einsatz.

Die Polizeidirektion Lüneburg hat mit Beginn des Pandemiegeschehens einen Plan mit diversen Hygiene- und Schutzmaßnahmen aufgestellt, welcher in allen Dienstbereichen umgesetzt wird. Dieser Pandemieplan wird unter Berücksichtigung des aktuellen Infektionsgeschehens ständig aktualisiert und angepasst. Die Einsatzfähigkeit der Polizei und somit die Sicherheit der Bevölkerung innerhalb der Polizeidirektion Lüneburg ist auch in Zeiten der Pandemie gewährleistet!

In diesem ersten Sicherheitsbericht möchten wir Ihnen neben der Darstellung von ausgewählten Kennzahlen und polizeilichen Ermittlungen, die weitere Bandbreite unserer Aufgaben und Maßnahmen sowie einzelne Organisationseinheiten etc. vorstellen. Denn Transparenz schafft Vertrauen. Und Vertrauen in die Ordnungsbehörden ist eine Grundvoraussetzung für das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung.

Die Region der Polizeidirektion Lüneburg war noch nie so sicher wie heute!

Ich wünsche Ihnen nun viel Freude mit unserem Bericht und verbleibe mit freundlichen Grüßen,

Ihr Thomas Ring





INHALT

Polizeidirektion Lüneburg

Organisation. Präsent vor Ort.

Die Organisation im Überblick	Seite 7
Die Polizeidirektion Lüneburg in Zahlen	Seite 9
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Polizeidirektion Lüneburg.....	Seite 12
Nachwuchsgewinnung in der Polizeidirektion Lüneburg.....	Seite 16

Kriminalitätsbekämpfung

Polizeiliche Kriminalstatistik der Polizeidirektion Lüneburg	Seite 21
Die Rolle der Polizei im Strafverfahren	Seite 28
Für Demokratie und Toleranz	Seite 32

Prävention

Die Präventionspuppenbühne der Polizeidirektion Lüneburg	Seite 35
---	----------

Führungs- und Einsatzmittel

Führungs- und Einsatzmittel in der Polizeidirektion Lüneburg	Seite 43
---	----------

Einsatz

Verkehrsunfallstatistik 2021 für die Polizeidirektion Lüneburg.....	Seite 47
Regionale Kontrollgruppe der Polizeidirektion Lüneburg	Seite 50
Der Fernfahrerstammtisch der Polizeidirektion Lüneburg.....	Seite 52
Kooperative Leitstelle Lüneburg.....	Seite 54
Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte.....	Seite 56

Polizeiinspektion Harburg

Organisation. Präsent vor Ort.

Die Polizeiinspektion Harburg im Überblick	Seite 10
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Polizeiinspektion Harburg.....	Seite 14
Nachwuchsgewinnung in der Polizeiinspektion Harburg	Seite 19

Kriminalitätsbekämpfung

Polizeiliche Kriminalstatistik der Polizeiinspektion Harburg	Seite 24
Kriminalitätsschwerpunkte der PI Harburg	Seite 26
Die Tatortgruppe – Spezialistinnen und Spezialisten des Streifendienstes	Seite 31

Prävention

Das Präventionsteam der Polizeiinspektion Harburg	Seite 37
--	----------

Führungs- und Einsatzmittel

Die Polizei geht in die Luft.....	Seite 44
-----------------------------------	----------

Einsatz

Verkehrsunfallstatistik 2021 für die Polizeiinspektion Harburg.....	Seite 48
Bekämpfung krimineller Clanstrukturen.....	Seite 58

VORWORT DES INSPEKTIONSLEITERS

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,**

Sicherheit bedeutet Vertrauen. Wir alle wünschen uns sichere Lebensumstände. Diese bestehen nicht nur aus objektiv niedrigen Fallzahlen, wie sie die Polizeiliche Kriminalstatistik Jahr für Jahr für den Landkreis Harburg ausweist. Vielmehr ist das persönliche Sicherheitsgefühl für das Wohlbefinden jeder und jedes Einzelnen maßgeblich. Dieses Sicherheitsgefühl wird vor allem dadurch gestärkt, dass sich die Bürgerinnen und Bürger bei Belangen der öffentlichen Sicherheit auf ihre Polizei verlassen können.

Mit diesem Sicherheitsbericht 2021 möchten wir dieses Vertrauen weiter ausbauen. Im Folgenden erhalten Sie Einblicke in das Kriminalitätsgeschehen des zurückliegenden Jahres sowie in die vielfältige Polizeiarbeit im Landkreis Harburg, aber auch in der gesamten Polizeidirektion Lüneburg.

Das Jahr 2021 war von einer ganz besonderen und eher nicht polizeilichen Sicherheitslage geprägt. Die immer noch anhaltende Pandemiesituation hatte maßgeblich Einfluss auf die Arbeit der Polizei. Die Umstrukturierung des Dienstablaufs, um trotz erwartbarer Infektionen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizeiinspektion den Dienstbetrieb aufrecht erhalten zu können, war dabei die erste große Herausforderung. Kohortenbildung und Schichtbetrieb, Einzelbüros und Mobile Working waren Maßnahmen, die im Ermittlungs- und Verwaltungsbereich für weitestgehend störungsfreie Arbeitsabläufe sorgten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Einsatz- und Streifendienstes hatten nicht die Möglichkeit, den Gefahren des direkten Kontakts auszuweichen. Umso mehr freut es mich, dass ihre große Disziplin uns vor Ausfällen in diesem elementaren Tätigkeitsbereich bewahrt hat!

Gute Sicherheitsarbeit ist aber nicht nur Aufgabe der Polizei, vielmehr ist das Zusammenwirken vieler Institutionen maßgeblich für einen langfristigen Erfolg. Prävention für alle Altersgruppen, Verkehrssicherheitsarbeit, Bekämpfung der Clankriminalität, bis hin zur Kontrolle von pandemiebedingten Beschränkungen – all das kann nur funktionieren, wenn das Netzwerk zwischen Polizei, Landkreis und Kommunen sowie freien Trägern weiterhin gepflegt und ausgebaut wird. Diese Netzwerkpfege liegt mir besonders am Herzen.

Im Zuge der landesweiten Strategie 2027 der Polizei werden wir noch im laufenden Jahr Maßnahmen umsetzen, die die gemeinsame Bekämpfung der Clankriminalität zum Ziel haben.

Nun wünsche ich Ihnen viel Spaß beim Lesen des Sicherheitsberichts 2021 und bedanke mich für Ihr Interesse an Ihrer Polizei.

Herzlichst

Ihr



Thomas Meyn
Leiter der Polizeiinspektion Harburg





ORGANISATION

DIE ORGANISATION IM ÜBERBLICK

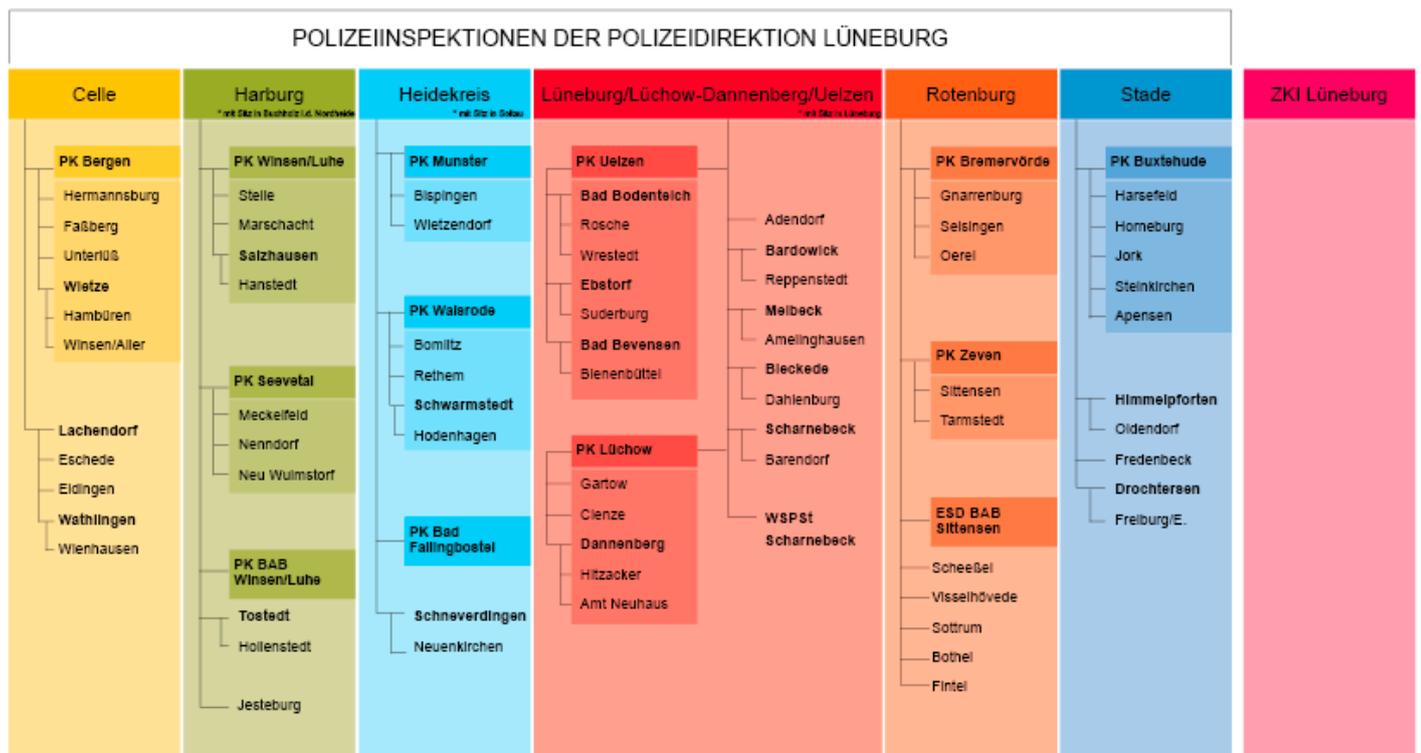
Die Polizeidirektion Lüneburg erstreckt sich flächenmäßig über die Landkreise Celle, Harburg, Heidekreis, Lüneburg/ Lüchow-Dannenberg/ Uelzen, Rotenburg (Wümme) und Stade. Ihr sind sechs Polizeiinspektionen sowie eine Zentrale Kriminalinspektion zugeordnet.

Die Polizeidirektion (PD) Lüneburg stellt als Behörde das Bindeglied zwischen dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport sowie den vor Ort arbeitenden Polizeiinspektionen dar. Der Zuständigkeitsbereich der PD Lüneburg umfasst dabei die Landkreise Celle, Harburg, Heidekreis, Lüneburg-Dannenberg, Lüneburg, Rotenburg (Wümme), Stade und Uelzen. Das Gebiet erstreckt sich über eine Fläche von ca. 12.040 km². Hier leben insgesamt ca. 1,28 Millionen Bürgerinnen und Bürger, deren Sicherheit unsere oberste Priorität ist.

Um dieser Anforderung gerecht zu werden, sind der PD Lüneburg die sechs Polizeiinspektionen Celle, Harburg, Heidekreis, Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen, Rotenburg und Stade – mit insgesamt 12 Polizeikommissariaten und 70 Polizeistationen – sowie die Zentrale Kriminalinspektion Lüneburg nachgeordnet. Im gesamten Zuständigkeitsbereich sind verteilt auf 92 Polizeidienststellen derzeit insgesamt 2.985 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Sie im Einsatz. An 23 Standorten wird dieser Dienst sogar rund um die Uhr geleistet.

Die Mitarbeiterschaft besteht dabei überwiegend aus Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten, aber auch viele Verwaltungsbeamtinnen und -beamte sowie Tarifbeschäftigte sind unverzichtbar für unsere Organisation und ihre Aufgaben. Die Verteilung der Planstellen – und damit der Mitarbeiterinnen sowie Mitarbeiter auf die unterschiedlichen Dienststellen – richtet sich nach strukturellen Grundlagen, örtlichen Besonderheiten sowie Kriterien im Hinblick auf die Einsatzbelastung.

Die Polizeiinspektionen und ihre nachgeordneten Dienststellen gewährleisten hauptsächlich durch die jeweils eingerichteten Einsatz- und Streifendienste sowie die Kriminal- und Ermittlungsdienste die polizeiliche Aufgabenerfüllung in den Bereichen Prävention, Verkehr und Kriminalitätsbekämpfung vor Ort. Die Zentrale Kriminalinspektion nimmt im gesamten Gebiet der Polizeidirektion die Aufgaben der bereichsübergreifenden Bekämpfung spezieller Kriminalitätsphänomene wahr, z. B. im Bereich der Organisierten Kriminalität.



Organigramm: Die Polizeidirektion Lüneburg



Die PD Lüneburg ist als übergeordnete Behörde für die strategisch-organisatorische Gesamtführung verantwortlich. Hier werden Grundsatzentscheidungen getroffen, Servicedienstleistungen für die nachgeordneten Dienststellen koordiniert und erbracht sowie zentrale Aufgaben z. B. in den Bereichen Personal, Führungs- und Einsatzmittel sowie Finanzen wahrgenommen. Die Polizeidirektion setzt die Vorgaben des Landespolizeipräsidiums im Nds. Ministerium für Inneres und Sport in der Fläche um und sorgt für eine einheitliche Anwendung.

Die Leitung der PD Lüneburg obliegt dem Polizeipräsidenten Thomas Ring. Unterstützt wird er dabei durch den Polizeivizepräsidenten Hans-Jürgen Felgentreu und die Abteilungsleiterin 2 Inga Ritters-Timm.

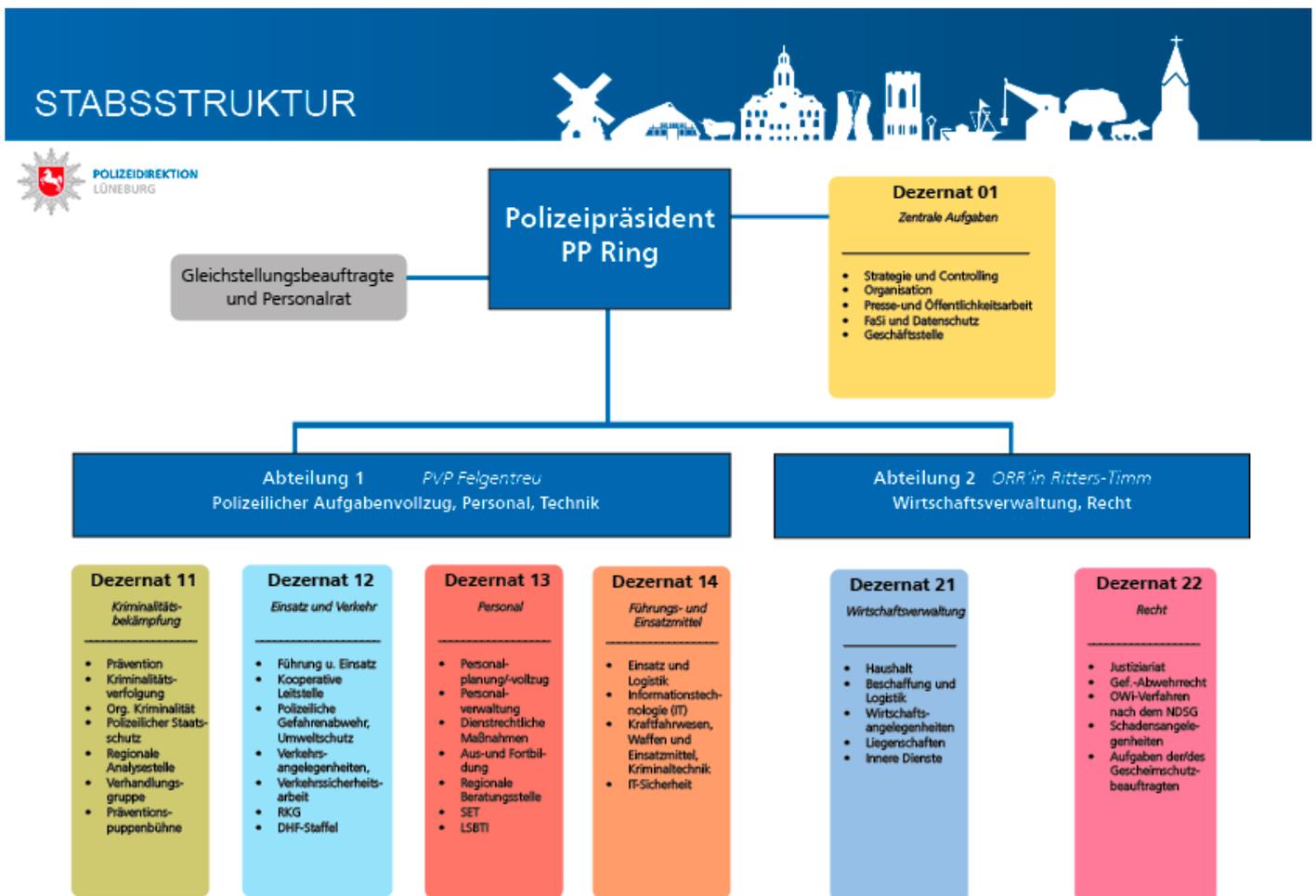
Direkt an den Polizeipräsidenten angegliedert sind das Dezernat für Zentrale Aufgaben sowie die Personalvertretungen

und die Beauftragten für spezielle Themenbereiche (z. B. Datenschutz und Arbeitsschutz).

Die PD Lüneburg ist zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Wesentlichen in zwei Abteilungen untergliedert: die für polizeifachliche Aufgaben zuständige Abteilung 1, geleitet durch Herrn Felgentreu und die für verwaltungsfachliche Aufgaben zuständige Abteilung 2, geleitet durch Frau Ritters-Timm.

Innerhalb der Abteilung 1 werden durch vier Fachdezernate die Themengebiete Kriminalitätsbekämpfung, Einsatz und Verkehr, Personal sowie Führungs- und Einsatzmittel bearbeitet. In der Abteilung 2 sind zwei weitere Fachdezernate für die Bereiche Wirtschaftsverwaltung und Recht eingerichtet.

Auf den nachfolgenden Seiten erhalten Sie Gelegenheit, sich einen genaueren Einblick in die einzelnen Organisationsbereiche und deren Aufgabenspektrum zu verschaffen.



DIE POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG IN ZAHLEN

1.277.701

Einwohnerinnen und Einwohner

12.040 km²

Fläche

2.985

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

40,2% = 1.201 weiblich

59,8% = 1.784 männlich

32.828

Verkehrsunfälle

69.986

bearbeitete
Strafanzeigen

465

Verwaltungstätige

→ = 414
Beschäftigte

→ = 51
Beamtinnen und Beamte

2.520

Vollzugsbeamtinnen und -beamte

198.142

Notrufe

- 1 Polizeidirektion
- + 6 Polizeiinspektionen
- + 1 Zentrale Kriminalinspektion
- + 12 Polizeikommissariate
- + 70 Polizeistationen
- + 1 Einsatz- und Streifendienst (BAB Sittensen)
- + 1 Wasserschutzpolizeistation

= 92

Standorte



DIE POLIZEIINSPEKTION HARBURG IM ÜBERBLICK

Der Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Harburg liegt im Norden der Polizeidirektion Lüneburg und umfasst den gesamten Landkreis Harburg. Das Kreisgebiet erstreckt sich über eine Fläche von ca. 1.248 km². Der Landkreis Harburg hat mehr als 257.000 Einwohnerinnen und Einwohner.

In unmittelbarer Nachbarschaft zur Freien und Hansestadt Hamburg gelegen, ist die Struktur des Landkreises mit den Mittelzentren Buchholz, Seevetal und Winsen eher ländlich

geprägt. Diese Nähe zu Hamburg und die gute Verkehrsinfrastruktur machen den Landkreis Harburg für Wohnungssuchende attraktiv und sorgen für eine überdurchschnittliche Zuwachsrate bei der Bevölkerungszahl. Neben den drei Mittelzentren gibt es im Kreisgebiet die drei Einheitsgemeinden Neu Wulmstorf, Rosengarten und Stelle sowie die sechs Samtgemeinden Elbmarsch, Hanstedt, Hollenstedt, Jesteburg, Salzhausen und Tostedt.

Die Dienststellen der Polizeiinspektion Harburg



In der Polizeiinspektion Harburg versehen insgesamt 445 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Dienst. Neben 390 Vollzugsbeamtinnen und -beamten zählen dazu 55 Mitarbeitende in der Verwaltung.

In Buchholz befinden sich die Leitung der Polizeiinspektion, der Zentrale Kriminaldienst sowie der Bereich Einsatz und Verkehr mit dem Einsatz- und Streifendienst. Die Polizeistationen Tostedt, Hollenstedt und Jesteburg sind organisatorisch an den Standort Buchholz angegliedert.

Das Polizeikommissariat Winsen (Luhe) mit den Polizeistationen Salzhausen, Hanstedt, Marschacht und Stelle sowie

der Citywache in der Winsener Fußgängerzone ist für den östlichen Teil des Landkreises zuständig.

Für die Bereiche Seevetal, Neu Wulmstorf und Rosengarten ist das Polizeikommissariat Seevetal zuständig. Ihm nachgeordnet sind die Polizeistationen Neu Wulmstorf, Meckelfeld und Nenndorf.

Für die polizeilichen Aufgaben auf den Bundesautobahnen 1, 7, 39 und 261, mit den Verkehrsknotenpunkten Maschener Kreuz und Buchholzer Dreieck, ist das Autobahnpolizeikommissariat Winsen (Luhe) zuständig.

● Polizeiinspektion Harburg
Schützenstraße 17
21244 Buchholz in der Nordheide
04181/285-0
poststelle@pi-harburg.polizei.niedersachsen.de

● Polizeistation Tostedt
Schützenstraße 26
21255 Tostedt
04182/40427-0

● Polizeistation Hollenstedt
Am Markt 10
21379 Hollenstedt
04165/21769-0

● Polizeistation Jesteburg
Niedersachsenplatz 5
21266 Jesteburg
04183/77855-0

● Polizeikommissariat Seevetal
Hamburger Straße 1
21220 Seevetal
04105/620-0
poststelle@pk-seevetal.polizei.niedersachsen.de

● Polizeistation Meckelfeld
Bürgermeister-Heitmann-Straße 34 b
21217 Seevetal
040/3989400-0

● Polizeistation Nenndorf
Kirchstraße 3
21224 Rosengarten
04108/59057-0

● Polizeistation Neu Wulmstorf
Schifferstraße 10
21629 Neu Wulmstorf
040/3344199-0

● Polizeikommissariat Winsen (Luhe)
Luhdorfer Straße 49A-D
21423 Winsen (Luhe)
04171/796-0
poststelle@pk-winsen-luhe.polizei.niedersachsen.de

● Polizeistation Stelle
Unter den Linden 18
21435 Stelle
04174/66898-0

● Polizeistation Marschacht
Elbuferstr. 98
21436 Marschacht
04176/94893-0

● Polizeistation Salzhausen
Zickzackweg 5
21376 Salzhausen
04172/98661-0

● Polizeistation Hanstedt
Rathausstr. 1
21271 Hanstedt
04184/88 960-0

● Polizeikommissariat BAB Winsen (Luhe)
Luhdorfer Str. 49b
21423 Winsen (Luhe)
04171/796-200
poststelle@pkbab-winsen-luhe.polizei.niedersachsen.de



PK Seevetal



PK Winsen (Luhe)



PK BAB Winsen (Luhe)



PI Harburg



PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Eine professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil erfolgreicher Polizeiarbeit. Sie ist nicht nur Kommunikator für polizeiliche Arbeit und ihre Erfolge, sondern zugleich Einsatzmittel, um Einsatzlagen oder Krisensituationen erfolgreich zu bewältigen. Dabei stehen klassische und digitale Medienarbeit sowie interne und externe Kommunikation gleichberechtigt nebeneinander.

Das Team der Pressestelle auf Direktionsebene:

Funktions E-Mail	pressestelle@pd-lg.polizei.niedersachsen.de
Leiterin	
Mareike Kowalewski	04131/8306-1050
Julia Grote	04131/8306-1051
Tarek Gibbah	04131/8306-1052
Social-Media-Managerin	
Kim-Katrin Hensmann	04131/8306-1053



v.l.n.r. Julia Grote, Tarek Gibbah, Mareike Kowalewski, Kim-Katrin Hensmann

Ziel der polizeilichen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Lüneburg ist die Aufgabenbereiche sowie die Arbeit der Polizei transparent und nachvollziehbar darzustellen und einen möglichst großen Bevölkerungskreis zu erreichen. Denn insbesondere im Ernstfall ist die überlegte Weitergabe gesicherter Informationen das beste Mittel, um der Verbreitung von Falschmeldungen und Gerüchten entgegenzuwirken.

Aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erwarten eine transparente Kommunikation innerhalb der Organisation Polizei. Dabei stehen die Vermittlung von Strategien, Prozessen und Entscheidungen, aber auch die Identifikation und Mitarbeiterbindung sowie der Wissenstransfer im Fokus.

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit aller Polizeiinspektionen im Bereich der Polizeidirektion Lüneburg leistet ihren aktiven Beitrag für einen offenen Informationsfluss und kommt ihrer Informationspflicht nach. Jede Polizeiinspektion hat einen eigenen Bereich für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mit speziell ausgebildeten Pressesprechenden eingerichtet. Die Mitarbeitenden stellen sicher, dass Informationen und Botschaften über die polizeiliche Arbeit schnell, wahrhaft, eindeutig und möglichst umfassend die Medien sowie Bürgerinnen und Bürger erreichen. Die polizeiliche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit begleitet u. a. Sondereinsätze und steigert die Kommunikation mit der Bevölkerung vor allem in besonderen Lagen.

Eine regelmäßige Berichterstattung über Präventions- und Sicherheitsthemen in den klassischen Medien oder via eigener Social Media Accounts steigert das generelle Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und vermittelt ein größeres Verständnis für die polizeiliche Arbeit.

Um im Einsatzfall möglichst schnell und direkt die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, nutzt die Polizeidirektion Lüneburg soziale Medien. Im Alltag werden die Bürgerinnen und Bürger über die jeweiligen Social Media Accounts mit aktuellen Informationen zu Einsatzlagen, Kriminalitätsphänomenen, Präventionsthemen, Veranstaltungen und Stellenangeboten versorgt. Die Polizeidirektion Lüneburg möchte für die Außenwelt ansprechbar sein, direkt und ohne Umwege kommunizieren, in den Austausch treten und Transparenz schaffen.

Auf Instagram ist die Polizeidirektion Lüneburg mit einem zentralen Account vertreten.

Zu dem Hauptaufgabengebiet der internen und externen Öffentlichkeitsarbeit werden hier Themen bearbeitet, deren Bedeutung über die Grenzen einer einzelnen Polizeiinspektion hinausgeht oder Grundsatzangelegenheiten betreffen. Des Weiteren werden hier Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit koordiniert, an denen mehrere Inspektionen beteiligt sind.

Das breit gefächerte Aufgabenspektrum umfasst neben dem Bearbeiten von Presseanfragen sowie dem Erstellen von Presseinformationen die Auswertung der täglichen Medien-

lage. Darüber hinaus werden hier u. a. Führungskräftebesprechungen und Veranstaltungen organisiert, Redebeiträge und Grußworte für die Behördenleitung begleitet sowie die Polizeidirektion Lüneburg im Intra- und Internet dargestellt. Auch die Bereiche Design und Grafik sind ein Teil der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Der Bereich Social Media befasst sich überwiegend mit der Koordination von Beiträgen, dem Erarbeiten von Kampagnen, der Fachaufsicht aller Social Media Accounts sowie der Aus- und Fortbildung in diesem Bereich. Zudem wird das tägliche Stimmungsbild innerhalb der sozialen Medien erhoben und analysiert. Dabei wird das Angebot ständig weiterentwickelt.

POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

STADE
Lydia Freienberg, Andrea Möller

ROTENBURG
Isabella Harms, Arne Schmidt

HARBURG
Frank Dreyer, Jasmin Ritz

HEIDEKREIS
Michel Koenemann

CELLE
Yvonne Maniewski

LÜNEBURG

Polizei Rotenburg @Polizei... · 2 T :
Da hat jemand eindeutig zu viel gewollt!
Bei erlaubten 3.500 kg hat der LKW
5.500 kg auf die Waage gebracht.
#polizei110

Polizei Lüneburg @Polizei_LG · 2 T :
#Polizei110 - In Bleckede hat eine
Nachbarin einen überquellenden
Briefkasten gemeldet, sie sorgt sich um
die dort lebende ältere Dame. Wir eilen
zur Hilfe! 🚒

Polizei Lüneburg @Polizei_LG · 2 T :
Guter Ausgang: Die Dame konnte
wohlbehalten angetroffen werden. 🙏
Trotzdem vielen Dank an die Nachbarin!
Achtet auf einander! #Polizei110
#Zivilcourage

Polizei Heidekreis @Polizei... · 2 T :
Glimpflicher Ausgang bei
Einbruchversuch in Soltau: Die
Bewohnerin kann den Täter festhalten
und ruft uns um Hilfe. Sie hat Glück
gehabt. Wählt in diesen Fällen bitte
direkt die 110. Dafür sind wir da!
#polizei110

Polizei Stade @Polizei_STD · 2 T :
#polizei110 - Pärchen schlägt im Streit
Scheiben des eigenen Autos ein, lässt
Auto stehen und geht in getrennte
Richtungen davon. Worum es in dem
Streit wohl ging? 😊

BUNDESWEITER TWITTER MARATHON AM 01.10.2021



PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DER POLIZEIINSPEKTION HARBURG

Polizeihauptkommissar

Jan Krüger (Polizeisprecher)

Schützenstraße 17
21224 Buchholz i.d.N.

Festnetz: 04181/285-104

Mobil: 0160/972710-15 oder -19

Funktions E-Mail: pressestelle@pi-harburg.polizei.niedersachsen.de

Persönliche E-Mail: jan.krueger@polizei.niedersachsen.de



In der Pressestelle der Polizeiinspektion Harburg laufen alle Fäden der internen und externen Öffentlichkeitsarbeit zusammen. Sie ist direkt dem Inspektionsleiter unterstellt und befindet sich am Sitz der Polizeiinspektion in Buchholz.

Von hier werden Medienschaffende sowie die Bevölkerung durch Presseveröffentlichungen und Social Media Beiträge über aktuelle polizeiliche Geschehnisse informiert.

Über die tägliche Pressearbeit hinaus betreut der Polizeisprecher bei größeren Einsätzen Medienschaffende auch direkt an der Einsatzstelle durch Bildung einer mobilen Pressestelle.

Weitere Aufgaben der Pressestelle:

- Betreuung der Social Media Accounts der Polizeiinspektion Harburg
- Koordinierung von Öffentlichkeitsfahndungen
- Pflege der Internet- und Intranet-Auftritte
- Mediale Begleitung von Präventionsprojekten
- Bearbeitung von Drehanfragen und -planungen für Reportagen und Berichterstattungen
- Ausrichtung von Pressekonferenzen und Pressegesprächen zu aktuellen Anlässen

Die Pressemeldungen werden über das DPA-Tochterunternehmen news aktuell GmbH verbreitet und sind öffentlich abrufbar: <https://www.presseportal.de/blaulicht/nr/59458>

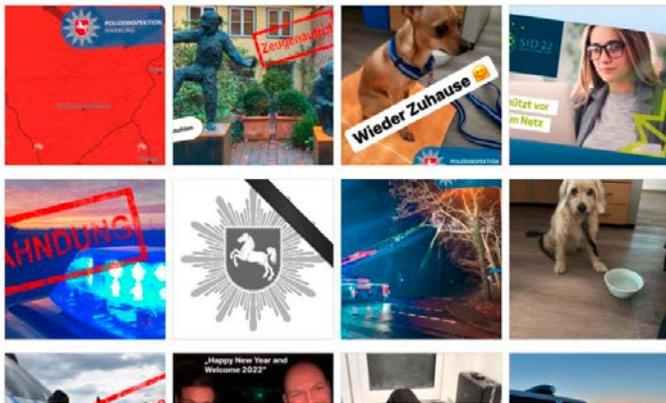
Social Media

Seit 2016 ist die Polizei Niedersachsen und damit auch die Polizeiinspektion Harburg auf verschiedenen Social Media Plattformen vertreten, um hierüber Einblicke in die polizeiliche Arbeit zu ermöglichen, Hinweise auf aktuelle Geschehnisse zu geben oder aber einsatztaktische Kommunikation zu betreiben.

Neben dem Polizeisprecher gibt es ein Social Media Team, bestehend aus derzeit zehn Kolleginnen und Kollegen, die im Rahmen ihres Dienstes auf den verschiedenen Dienststellen im Landkreis Harburg nebenamtlich die beiden Dienststellen-Accounts mit Beiträgen ergänzen. Außerdem unterstützen sie im Bedarfsfall den Polizeisprecher bei größeren Einsatzlagen durch die Zulieferung von Bildmaterial und Informationen.

Facebook

www.facebook.com/polizei.lkharburg



Facebook wird genutzt, um der Bevölkerung Einblicke in die Polizeiarbeit zu geben. Hier berichten wir über eigene Aktionen, landesweite Kampagnen der Polizei oder herausragende aktuelle Ereignisse.

Twitter

www.twitter.com/polizei_wl



Twitter dient vorrangig der direkten und gezielten Informationsweitergabe an die Bevölkerung. Gerade bei Ereignissen, die eine verzugsfreie, direkte Kommunikation in Richtung der Bevölkerung nötig machen, wird in erster Linie via Twitter kommuniziert.

Digital Community Policing

Neben der Kommunikation als Dienststelle wird der Bereich des Digital Community Policing in den letzten Jahren landesweit ausgebaut. Kolleginnen und Kollegen aus verschiedensten Dienstbereichen betreiben dazu persönliche, dienstliche Accounts. Als Ansprechpersonen dienen sie der Kommunikation der Polizei mit der digitalen Welt. In der Polizeiinspektion Harburg gibt es zwei dieser Accounts.

Facebook

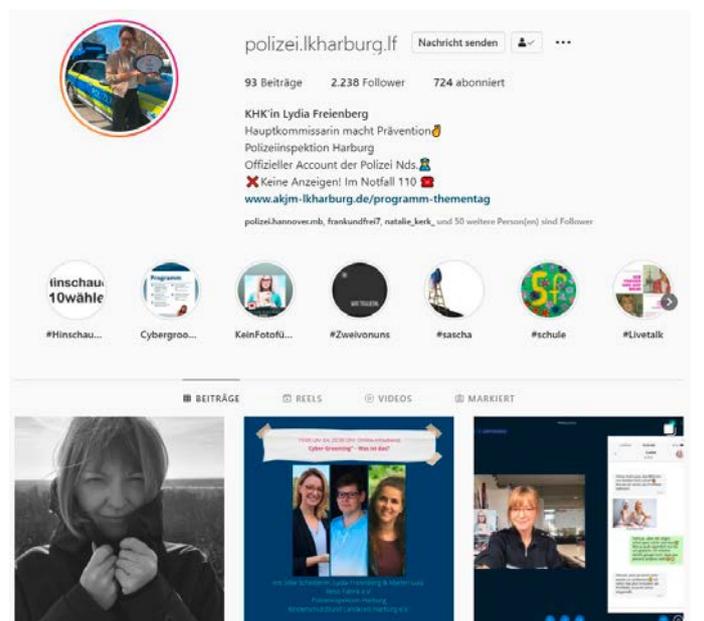
www.facebook.com/polizei.lkharburg.am



Hier berichtet Polizeioberkommissarin Andrea Möller von ihrem Dienst beim Autobahnpolizeikommissariat Winsen (Luhe). Gerade im Bereich des gewerblichen Güterverkehrs erreicht sie über ihren Account durch eine Mischung von aktuellen Hinweisen, Berichten über kuriose und manchmal auch traurige Einsätze sowie eine sehr persönliche Note eine große Community, die das Engagement sehr wertschätzt.

Instagram

www.instagram.com/polizei.lkharburg.lf



Seit September 2020 ist die Polizeiinspektion Harburg auch bei Instagram vertreten. Die Beauftragte für Jugendsachen, Kriminalhauptkommissarin Lydia Freienberg, berichtet hier über die vielfältigen Projekte und Aufgaben im Bereich der Jugendprävention. Außerdem wird die Plattform genutzt, um das Netzwerk mit anderen Institutionen der Kinder- und Jugendprävention zu präsentieren und zu stärken.



NACHWUCHSGEWINNUNG IN DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG



Weitere Informationen zum Studium an der Polizeiakademie Niedersachsen erhalten Interessierte bei

Lydia Franke	04131 8306-1350
Carina Gralla	04131 8306-1351
Christian Müller	04131 8306-1352
Hotline der Nachwuchsgewinnung bei der Polizeidirektion Lüneburg	04131 8306-3333
E-Mail:	nachwuchswerbung@pd-lg.polizei.niedersachsen.de

Der demografische Wandel macht auch vor der Polizei Niedersachsen nicht Halt:

Bis 2028 werden etwa 40 Prozent der Belegschaft der Polizei im Land Niedersachsen in den Ruhestand versetzt werden. Angesichts dieser steigenden Pensionierungszahlen, der sich immer schneller entwickelnden Veränderungen in der Gesellschaft, dem Wettbewerb mit anderen Arbeitgebern und den gleichzeitig stagnierenden Abgangszahlen an öffentlichen Schulen kommt der Nachwuchsgewinnung für die Polizei eine große Bedeutung zu.

Im Hinblick auf diese Hintergründe hat es sich die Polizeidirektion Lüneburg zur zentralen Aufgabe gemacht, junge Menschen für den Polizeiberuf zu begeistern und für diese Tätigkeit zu akquirieren.

Nur wenig andere Berufe verfügen über ein solch positives Ansehen und Vertrauen in der Bevölkerung wie der Polizeiberuf. Je nach Interessen und Kenntnissen bieten sich den Bewerberinnen und Bewerbern darüber hinaus vielfältige Möglichkeiten – nicht zuletzt aufgrund der vielen Arbeitsbereiche, über welche die Polizei verfügt.

Hauptaufgabe der Mitarbeitenden im Team „Regionalisierte Einstellung“ bei der Polizeidirektion Lüneburg ist die Beratung und Betreuung der Bewerberinnen und Bewerber. Darüber hinaus werden hier die sogenannten „Strukturierten Interviews“ geplant und durchgeführt. Auch auf (digital organisierten) Berufsinformationsmessen sind die Kolleginnen und Kollegen der Aus- und Fortbildung der Polizeiinspektionen sowie deren Einstellungsberaterinnen und Einstel-

lungsberater ständig vertreten. Seit Juli 2021 nutzen die Polizeidirektion und die Polizeiinspektionen auch das Karriereportal berry2b, um Nachwuchs mit dem Studienabschluss Bachelor of Arts zu gewinnen.

Viele Wege zur Polizei

Der Weg zu einem Studium an der Polizeiakademie Niedersachsen muss nicht zwangsläufig über das Abitur oder den direkten Erwerb der Fachhochschulreife führen. Auch Interessierte mit Realschulabschluss können nach Abschluss der zweijährigen Fachoberschule „Wirtschaft und Verwaltung“ mit dem Schwerpunkt Polizei die Fachhochschulreife erwerben und das Studium an der Polizeiakademie Niedersachsen aufnehmen, im ersten Jahr findet ein schulbegleitendes Praktikum in einer Polizeidienststelle statt.

Die Qualifikation zum Studium kann auch erwerben, wer nach Abschluss des schulischen Teils der Fachhochschulreife ein einjähriges Vollzeitpraktikum bei einer Polizeidienststelle erfolgreich absolviert. Wer über den Realschulabschluss und eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügt, kann für ein Jahr eine berufsbezogene Klasse 12 der Fachoberschule besuchen, um die vollständige Fachhochschulreife zu erwerben.



Interesse geweckt?

Weitere Informationen zum Polizeiberuf, zu den Bewerbungsvoraussetzungen sowie zur Möglichkeiten der Online-Bewerbung sind unter www.polizei-studium.de zu finden.

BEWERBUNGEN UND AUSWAHLVERFAHREN 2021 IN DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

473 Bewerbungen für das Studium
(4.609 landesweit)

37 Einstellungen für das Studium
(450 landesweit)

102 Bewerbungen für eine Fachoberschulausbildung bzw. eine
Vollzeitpraktikum (996 landesweit)

10 Praktikumsverträge für eine Fachoberschulausbildung bzw. ein Vollzeitpraktikum (84 landesweit)





POLIZEI
NIEDERSACHSEN

**ENKELTRICK VERHINDERT,
TASCHENDIEB GESTELLT.**

und deintag?

BEWIRB DICH JETZT bei der Polizei Niedersachsen
(mit Abitur oder Realschulabschluss) und sichere Dir Deine
Chance auf eine spannende und abwechslungsreiche Zukunft!

polizei-studium.de
POLIZEI.NIEDERSACHSEN.KARRIERE

NACHWUCHSGEWINNUNG IN DER POLIZEIINSPEKTION HARBURG

Vor dem Hintergrund steigender Pensionierungszahlen ist die Gewinnung qualifizierter Nachwuchskräfte auch für die Polizeiinspektion Harburg eine zunehmend wichtige Aufgabe. Dabei gilt es, die positiven Aspekte des Polizeiberufes, wie verantwortungsvolle und abwechslungsreiche Tätigkeiten, Umgang mit Menschen und moderner Technik, Teamarbeit, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Aufstiegs- und Spezialisierungsmöglichkeiten sowie leistungsgerechte Bezahlung, jungen Interessentinnen und Interessenten näher zu bringen.

Der Einstieg in die Polizei Niedersachsen ist auf verschiedenen Wegen möglich: Je nachdem, ob die jungen Schulabsolventinnen und -absolventen bereits die allgemeine Hochschulreife oder die Fachhochschulreife erlangt haben, beginnt für Sie nach der Bewerbungsphase das dreijährige Bachelorstudium bei der Polizeiakademie Niedersachsen an einem der drei Studienorte (Nienburg, Oldenburg oder Hann. Münden). Mit dem Sekundarabschluss II oder einem vergleichbaren Schulabschluss geht dem Studium eine einjährige Phase an der Fachoberschule voraus.

Der praxisorientierte Bachelorstudiengang soll die Studierenden möglichst frühzeitig und bestmöglich auf die Tätigkeiten im Einsatz- und Ermittlungsbereich vorbereiten. Dazu gehören auch mehrmonatige Praxismodule in den verschiedenen Dienststellen der Polizeiinspektion Harburg. Nach dem Studium erfolgt die Versetzung in den polizeilichen Einzeldienst jeweils zum 1. April oder zum 1. Oktober eines Jahres.

Die Koordinierung der Nachwuchsgewinnung erfolgt im Sachbereich Aus- und Fortbildung der Polizeiinspektion Harburg. Für diesen Bereich ist Polizeioberkommissarin Katrin Jessen verantwortlich. Sie wird von insgesamt 19 Kolleginnen und Kollegen unterstützt, die auf den ver-

Ansprechpartnerin

Polizeioberkommissarin Katrin Jessen

Festnetz: 04181 285-105

E-Mail: auf@pi-harburg.polizei.niedersachsen.de



schiedenen Dienststellen im Landkreis Harburg nebenamtlich als Einstellungsberaterinnen und Einstellungsberater fungieren. Diese sind meist die erste Anlaufstelle für interessierte Schülerinnen und Schüler. Außerdem nehmen sie an Berufsinformationsveranstaltungen teil und informieren dort über den Polizeiberuf und den Verlauf des Studiums. Pandemiebedingt wurden in den Jahren 2020 und 2021 zahlreiche Veranstaltungen digital durchgeführt und persönliche Gespräche durch telefonische Beratungen kompensiert.





KRIMINALITÄTSBEKÄMPFUNG

POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK (PKS) DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Weiterhin sinkende Gesamt-Fallzahlen, die landesweit zweithöchste Aufklärungsquote, Wohnungseinbruchdiebstähle und Rohheitsdelikte weiter rückläufig, so das Resümee der PKS 2021 in der Polizeidirektion Lüneburg.

Die Entwicklung der Kriminalität wird in Niedersachsen, wie in jedem anderen Bundesland auch, anhand einer Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) beobachtet. Die darin erhobenen Daten dienen dazu, Erkenntnisse für vorbeugende und verfolgende Kriminalitätsbekämpfung, organisatorische Planungen und Entscheidungen sowie kriminologisch-soziologische Forschungen und kriminalpolitische Maßnahmen zu erlangen.

Bei der PKS handelt es sich um eine reine Hellfeldstatistik. Es werden nur die der Polizei bekannt gewordenen Straftaten einschließlich strafbewehrter Versuche registriert. Die Erfassung erfolgt nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen bei Abgabe der Strafanzeigen an die Staatsanwaltschaft. Ausgenommen von der Erfassung sind Staatschutzdelikte, Verkehrsdelikte, direkt bei den Staatsanwaltschaften angezeigte Straftaten sowie Delikte, die nicht in die Bearbeitungszuständigkeit der Polizei fallen (z.B. Finanz- und Steuerdelikte).

Der Aktualität der PKS und der Abbildung des tatsächlichen Kriminalitätsumfangs in der PKS sind insofern Grenzen gesetzt. Es gilt auch zu berücksichtigen, dass Straftaten, die der Polizei nicht bekannt geworden sind, nicht abgebildet werden können (sog. Dunkelfeld). Der tatsächliche Kriminalitätsumfang liegt also höher als die Angaben in der PKS. Im Gegenzug kann es aber z. B. durch ein verstärktes Anzeigeverhalten der Bevölkerung oder eine gesteigerte Verfol-

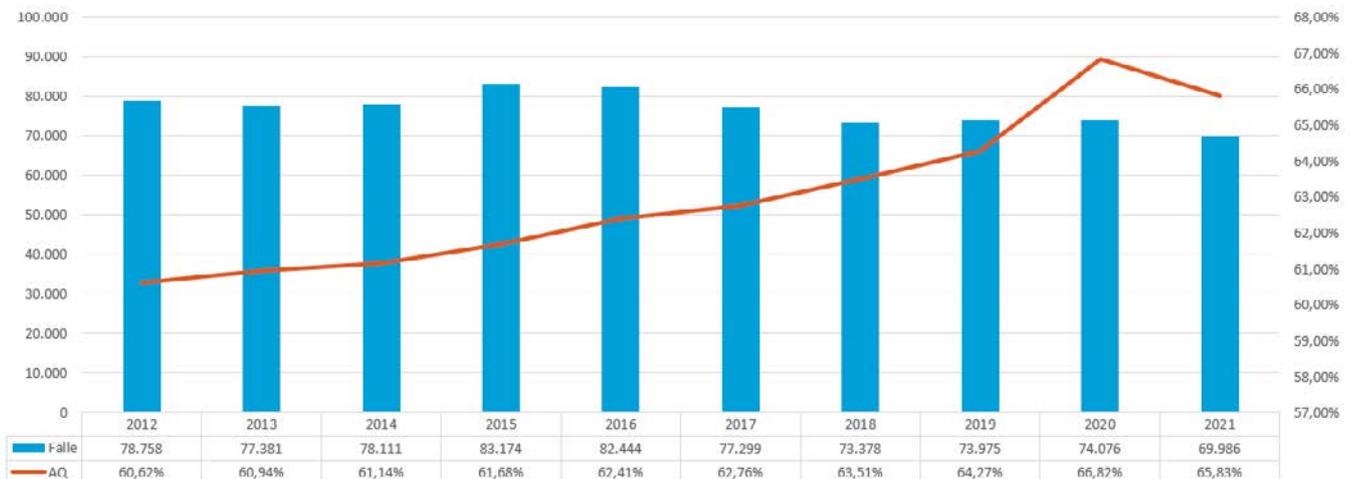
gungintensität der Polizei in einzelnen Deliktsbereichen auch zu Hell- / Dunkelfeldverschiebungen kommen und ein erhöhtes Kriminalitätsaufkommen in der PKS zur Folge haben, ohne dass eine Änderung des tatsächlichen Kriminalitätsumfangs stattgefunden hat.

Die PKS wird durch das Landeskriminalamt Niedersachsen auf Basis der aus den einzelnen Polizeidienststellen zugelieferten Daten zu Deliktsarten, Umfang und Zusammensetzung der ermittelten Tatverdächtigen erstellt und jährlich veröffentlicht. Neben der PKS für das Land Niedersachsen insgesamt wird diese zusätzlich auf Ebene der Polizeidirektionen und der Polizeiinspektionen ausgewertet. Auch innerhalb des laufenden Jahres erfolgt ein stetiges Monitoring, um Veränderungen in der Kriminalitätsentwicklung zeitnah zu erkennen und das polizeiliche Handeln entsprechend anzupassen.

Die Gesamtzahl der im Zuständigkeitsbereich der PD Lüneburg erfassten Straftaten ist für das Berichtsjahr 2021 um 5,52 % auf 69.986 gesunken (2020: 74.076). Grund für die Abnahme ist unter anderem der zahlenmäßig stärkste Rückgang im Bereich der Vermögens- und Fälschungsdelikte.

Die Aufklärungsquote lag 2021 bei 65,83 % und hat sich gegenüber dem Jahr 2020 (66,82%) kaum geändert. Die PD Lüneburg hat damit die zweithöchste Aufklärungsquote in Niedersachsen (Landesdurchschnitt 64,07%).

LANGZEITVERGLEICH GESAMT-FALLZAHL UND AUFKLÄRUNGSQUOTE



Deliktsbereiche im Detail

Im Folgenden werden ausgewählte Deliktsbereiche näher dargestellt, die einen besonderen Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit bilden.

Straftaten gegen das Leben

Mit Straftaten gegen das Leben sind die Delikte Mord und Totschlag gemeint. Hierzu zählt auch der Versuch eines Mordes oder Totschlags. Im Jahr 2021 sind insgesamt 73 derartige Straftaten im Gebiet der PD Lüneburg erfasst worden (2020: 92 Fälle). Alle Taten konnten aufgeklärt werden, so dass sich eine Aufklärungsquote von 100% ergeben hat. Dies zeigt deutlich mit welcher Ermittlungsintensität und mit welchem Erfolg die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor allem der Polizeiinspektionen sich der Aufklärung dieser Taten widmen.

liegt die Aufklärungsquote bei 92,18% (2020: 91,94%). Den größten Anteil stellen dabei weiterhin die Körperverletzungsdelikte, die um 12,51% auf 7.220 (2020: 8.252) Fälle sanken.

Die niedrigeren Fallzahlen sind selbstverständlich erfreulich. Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie haben sich die Kontaktmöglichkeiten im öffentlichen Raum erheblich reduziert. Dies hat auch im Jahr 2021 zu einem deutlichen Rückgang der Rohheitsdelikte geführt.

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung

Bei den Sexualdelikten gab es im Gesamtbereich der PD Lüneburg einen leichten Anstieg von 3,39 % auf 1.768 Taten (2020: 1.710). Eine starke Abnahme ergibt sich beim Tatbestand der Verbreitung pornografischer Schriften (Erzeugnisse). Hier kam es bei der Bezugsgruppe an Personen unter 18 Jahren einen Rückgang auf 63 Fälle (2020: 268 Fälle). Grund für diese Entwicklung ist der Abschluss eines umfangreichen Verfahrens aus dem Jahr 2020. Hier versandte ein Täter über 200 pornografischen Schriften per Messenger-Dienst an meist Minderjährige – ein vergleichbares Verfahren gab es 2021 nicht.

Häusliche Gewalt

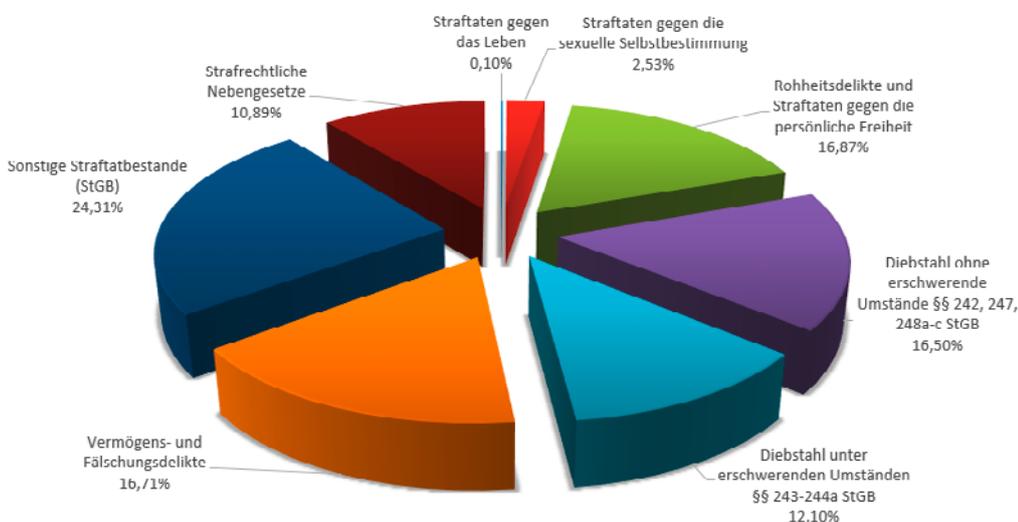
Die Entwicklung der häuslichen Gewalt wird vor dem Hintergrund der deutlich reduzierten Kontaktmöglichkeiten außerhalb des eigenen häuslichen Umfeldes von der Polizeidirektion Lüneburg besonders beobachtet. Die Zahlen lassen sich leider nicht mit denen aus dem Vorjahr vergleichen. Im Zuge der bundesweiten Vereinheitlichung der Definition für das Thema „Häusliche Gewalt“ mit dem Ziel der lebensnäheren Darstellung dieses Kriminalitätsfeldes hat sich die Auswertungsgrundlage verändert.

Rohheitsdelikte

Unter Rohheitsdelikten sind Straftaten wie Raub, Körperverletzung und Straftaten gegen die persönliche Freiheit zu verstehen. Die Zahl der Rohheitsdelikte sank im Vergleich zum Vorjahr um 509 auf 11.805 Fälle (2020: 12.314). Gleichzeitig

Demnach wurden für das Jahr 2021 insgesamt 3.217 Fälle von häuslicher Gewalt verzeichnet. Hier ist besonders hervorzuheben, dass die deutliche Mehrzahl der Taten (2.128) im Kontext von Partnerschaften begangen worden. In 794 Fällen waren Opfer und Täter bereits getrennt (ehemalige Partnerschaften). Außerhalb von Partnerschaften, also in den sogenannten familiären Beziehungen (Eltern, Kinder, Großeltern, Geschwister, etc.) wurden im Bereich der Polizeidirektion 1.089 Taten häuslicher Gewalt registriert.

VERTEILUNG DER STRAFTATEN IN DER PD LÜNEBURG NACH DELIKTSARTEN



Gleichwohl ist in diesem Deliktsbereich von einem hohen Dunkelfeld auszugehen, da viele Taten aufgrund emotionaler und finanzieller Abhängigkeiten zwischen den Beteiligten nicht angezeigt werden.

Diebstahl / Wohnungseinbruchdiebstahl

Im Jahr 2021 stellten die Diebstähle prozentual die größte Deliktgruppe dar. Dennoch sank ihre Zahl um 1.041 Fälle auf 20.014 (2020: 21.055) Straftaten.

Die Zahl der Wohnungseinbruchdiebstähle ist weiterhin deutlich rückläufig. Im Jahr 2021 wurden 904 Fälle registriert, was einem Rückgang von 481 Fällen gegenüber 2020 (1.385 Fälle) entspricht. Im Jahr 2021 blieb es von diesen Fällen 408-mal beim Versuch des Wohnungseinbruchdiebstahls, 2021 gab es noch 581 Versuchstaten.

Die Aufklärungsquote liegt in diesem sehr ermittlungintensiven Deliktsfeld bei 24,89% (2020: 28,74%).

Neben dem Aspekt, dass sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die Corona-Pandemie verstärkt zu Hause im Homeoffice aufgehalten haben, zeigt auch die intensive und akribische Einsatz-, Ermittlungs- und Präventionsarbeit Wirkung.

Vermögens- und Fälschungsdelikte

Um mehr als 15% ging die Zahl der Taten im Bereich der Vermögens- und Fälschungsdelikte zurück. 2021 waren es 11.692 Straftaten nach 13.803 im Jahr 2020.

Diese Entwicklung hat mehrere Gründe: Im Jahr 2020 konnten zwei umfangreiche Verfahren abgeschlossen werden, die es im Jahr 2021 in diesem Umfang nicht gegeben hat. Zudem

haben im Frühjahr 2020, als es den ersten coronabedingten Lockdown gab, viele Bürgerinnen und Bürger vermehrt online eingekauft, was indirekt die Entstehung von sogenannten Fake-shops gefördert hat. Durch gute Präventionsarbeit konnten die Menschen im zweiten Jahr der Corona-Pandemie sensibilisiert werden.

Cybercrime / Internetkriminalität

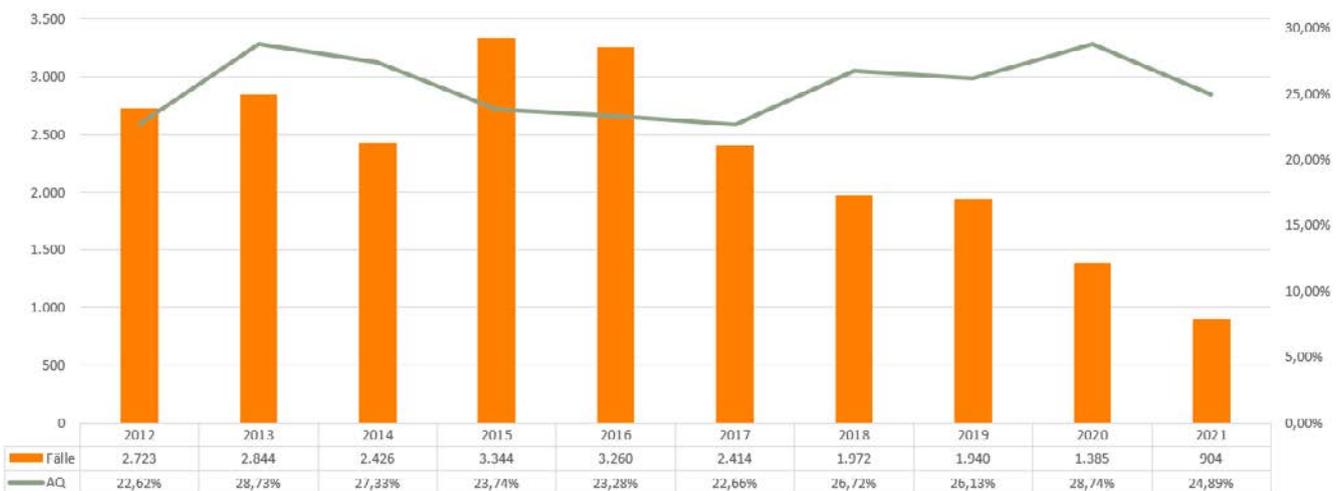
Nachdem es von 2019 auf 2020 zu einem Anstieg der Straftaten von über 40% gekommen war, erfolgte im Jahr 2021 ein Rückgang um fast 20%. In absoluten Zahlen wurden im Gebiet der PD Lüneburg 4.949 Fälle im Jahr 2021 registriert (2020: 6.160 und 2019: 4.200 Fälle). Die Aufklärungsquote sank im Jahr 2021 um 3,9% auf 84,64% (2020: 88,54 %).

Dieses Themenfeld stellt die Polizei langfristig vor neue Herausforderungen, die im Rahmen der strategischen Ausrichtung berücksichtigt werden.

Fazit von Polizeipräsident Thomas Ring

„Neben der coronabedingt reduzierten Mobilität konnte auch durch die unermüdliche Kriminalitätsbekämpfung sowie die fortlaufende Präventionsarbeit im vergangenen Jahr erneut ein Rückgang der Straftaten in unserer Region erzielt werden. Ich möchte mich hierfür bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizeidirektion Lüneburg bedanken. Trotz der anhaltenden pandemischen Situation und der einhergehenden Belastungen haben sie hierzu entscheidend beigetragen. Es wird auch weiterhin unser Anspruch sein, all unseren Bürgerinnen und Bürgern als kompetenter Ansprechpartner zur Seite zu stehen.“

LANGZEITVERGLEICH WOHNUNGSEINBRÜCHE (FÄLLE UND AUFKLÄRUNGSQUOTE)

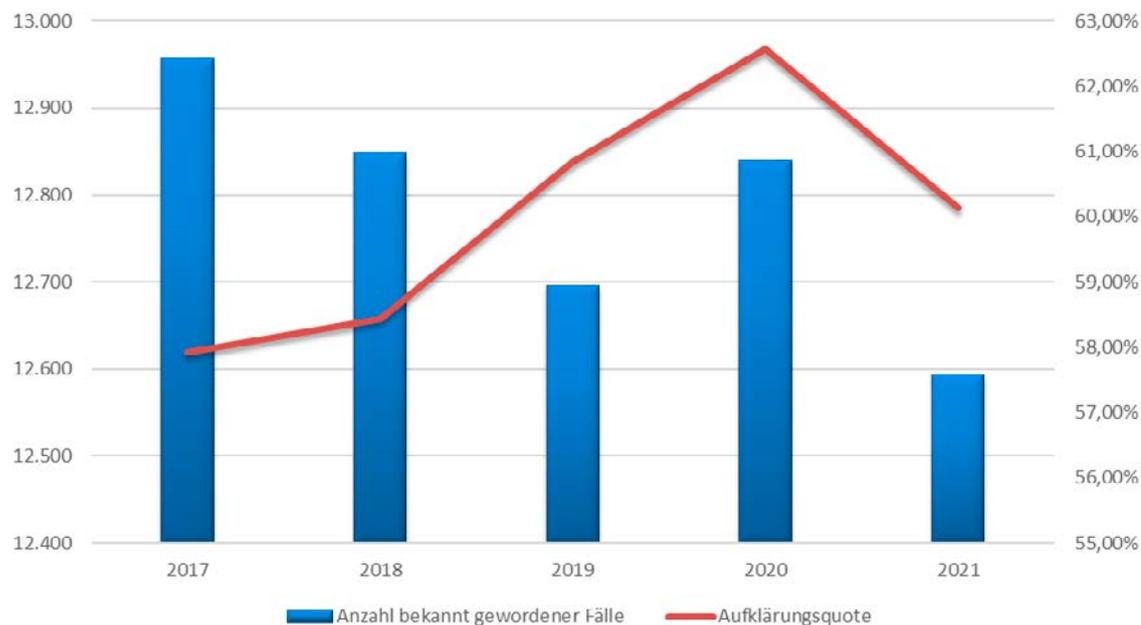


POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK DER POLIZEIINSPEKTION HARBURG

Im Jahr 2021 wurden in der Polizeiinspektion (PI) Harburg insgesamt 12.594 Straftaten erfasst, bearbeitet und an die zuständige Staatsanwaltschaft abgegeben. Dies bedeutet einen Rückgang von 246 Straftaten gegenüber dem Vorjahr.

Die Gesamt-Fallzahl liegt auf dem niedrigsten Stand der letzten 10 Jahre. Die Aufklärungsquote der PI Harburg ging auf 60,13 % zurück (2020: 62,58%).

ENTWICKLUNG AUFKLÄRUNGSQUOTE PI HARBURG



Der Trend der Kriminalitätsentwicklung in den einzelnen Deliktsbereichen entspricht dabei weitestgehend dem auf Ebene der PD Lüneburg:

Straftaten gegen das Leben

Im Jahr 2021 wurden insgesamt sechs Straftaten (2020: 17) gegen das Leben bearbeitet. In vier Fällen handelte es sich um Versuchstaten. Zwei Fälle resultieren noch aus dem Jahr 2020.

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung

Die Zahl der Sexualdelikte ist auf 277 Fälle (2020: 231) angestiegen. Die Aufklärungsquote liegt bei 86,28% (86,15%). Bei 117 Fällen in dieser Deliktsgruppe handelt es sich um Straftaten in Verbindung mit Kinder- oder Jugendpornografie (Herstellung, Verbreitung oder Besitz bzw. sich verschaffen).

Immer mehr kinderpornografische Bilder finden Einzug in die von Jugendlichen genutzten sozialen Netzwerke. Im vergangenen Jahr wurden häufig entsprechende Bilder in WhatsApp-Verläufen von sonst unverfänglichen Gruppen festgestellt. Hier scheint der unbedarfte Umgang mit solchen Dateien bei den Jugendlichen im Vordergrund stehen.

Rohheitsdelikte

Die Zahl der Rohheitsdelikte lag im Jahr 2021 bei 2.018 Fällen (2020: 1.948). Die Aufklärungsquote liegt bei 92,02% (2020: 92,56%). Den Hauptanteil bei den Rohheitsdelikten bilden die Körperverletzungen mit insgesamt 991 Fällen (2020: 1.217). Hierbei sanken sowohl die Zahlen bei der vorsätzlichen einfachen Körperverletzung auf 812 (2020: 869) als auch bei der gefährlichen Körperverletzung auf 179 (2020: 192).

Die erfasste Zahl der Fälle von häuslicher Gewalt ist nur bedingt mit den Angaben des Vorjahres vergleichbar, da die Kriterien für eine Aufnahme in die Polizeiliche Kriminalstatistik geändert und dabei etwas weiter gefasst wurden. Im Jahr 2021 wurden in diesem Bereich 491 Fälle bearbeitet nach 465 im Vorjahr.

Die Zahl der Bedrohungen stieg auf 403 Fälle (2020: 308). In 59 von diesen Fällen wurde ein Messer als Tatmittel verwendet.

Die Zahl von Raubdelikten ist nach einem starken Rückgang im Jahr 2020 wieder auf 77 Fälle angestiegen (2020: 55). Die Aufklärungsquote in diesem Bereich ging auf 71,62% zurück (2020: 76,36%).

Diebstahlsdelikte

Im Jahr 2021 ist die Zahl der Diebstahlsdelikte auf 4.095 Fälle angestiegen (2020: 3.895 Fälle).

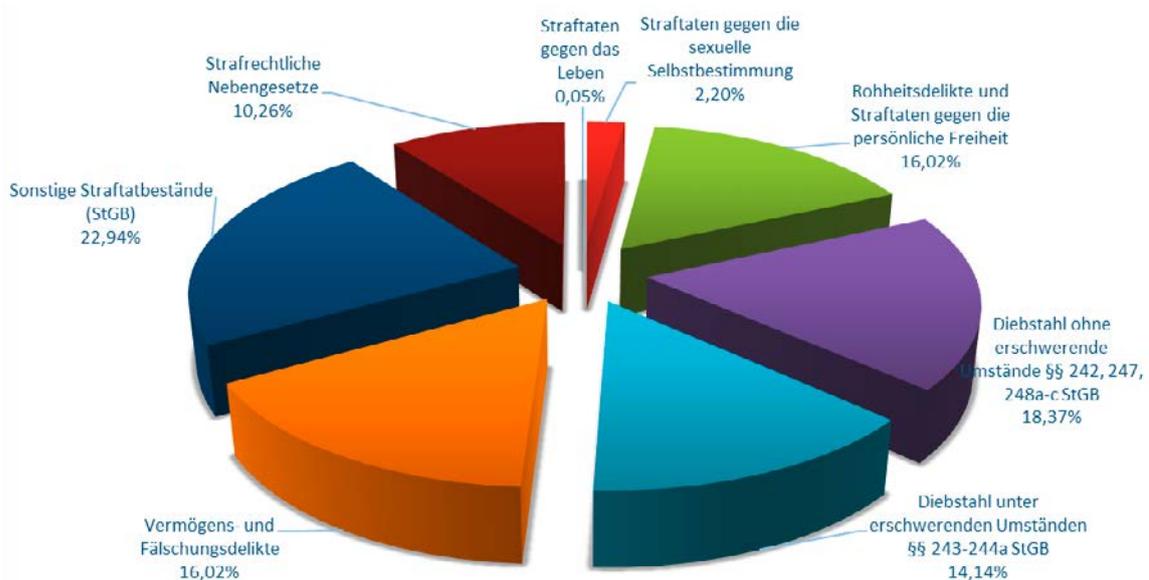
Das Gebiet der PI Harburg ist von Einbruchdiebstählen in Wohnungen durch die Nähe zu Hamburg und die Anbindung an diverse Bundesautobahnen besonders betroffen. Die Zahl der Fälle ist auch im Jahr 2021 gesunken. Sie liegt mit 208 Taten (2020: 376 Taten) auf dem niedrigsten Niveau der letzten zehn Jahre. Zu diesem Rückgang dürften auch pandemiebedingte Effekte beigetragen haben.

Die Zahl der Diebstähle von Kraftfahrzeugen ist auf 75 Delikte (2020: 92) und die Zahl der Diebstähle in oder aus Kfz von 372 im Vorjahr auf nunmehr 311 Taten zurückgegangen. Bei den Fahrraddiebstählen gab es dagegen einen Anstieg auf 654 Taten (2020: 561).

Vermögens- und Fälschungsdelikte

Im Bereich der Vermögens- und Fälschungsdelikte wurden im vergangenen Jahr 2.017 Fälle (2020: 2.742) an die Staatsanwaltschaften abgegeben. Die Aufklärungsquote liegt bei 71,15% (2020: 79,29%). Der Rückgang der Fallzahl liegt auch an einem großen, mehrjährigen Betrugsverfahren, bei dem die Vorgänge nach Abschluss der Ermittlungen im Laufe des Jahres 2020 an die Staatsanwaltschaft abgegeben wurden.

VERTEILUNG DER STRAFTATEN IN DER PI HARBURG NACH DELIKTSARTEN



KRIMINALITÄTSSCHWERPUNKTE DER POLIZEIINSPEKTION HARBURG

Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität

Der Wohnungseinbruchsdiebstahl stellte in den vergangenen Jahren bundesweit einen nicht unerheblichen Schwerpunkt in der Kriminalitätsbewältigung dar. Aufgrund der geographischen Lage des Landkreises Harburg im sogenannten „Speckgürtel“ von Hamburg wurden die Gefilde im hiesigen Zuständigkeitsbereich zumeist von Tätergruppen aus dem Bereich Hamburg sowie überörtlich agierenden, reisenden Tätergruppen aufgesucht.

Die räumliche Nähe zu Hamburg mit den angrenzenden Bundesautobahnen A1, A7, A261 und A39 mit ihren 18 Anschlussstellen ermöglicht es vielen Täterinnen und Tätern, in der Anonymität der Großstadt „zu verschwinden“ und neue Kontakte Gleichgesinnter zu knüpfen, weswegen sich dort eine Vielzahl von sogenannten Residentenwohnungen befinden dürften. Durch wechselnde Belegschaften in den Unterkünften und große Diskretion der Täterinnen und Täter hinsichtlich ihrer Aufenthaltsorte im Bundesgebiet werden die Ermittlungen zusätzlich erschwert.

Aus Erfahrungen der hier geführten Verfahren ist bekannt, dass Smartphones mittlerweile durch Funkgeräte ersetzt werden, das Erkennen von Tatzusammenhängen durch regelmäßiges Wechseln der Schuhe erschwert wird und nicht selten niedrigpreisige, ältere, nicht umgemeldete Fahrzeuge genutzt werden. Auch das Spektrum des sogenannten modus operandi, also die Tatbegehungsweise, ist vielfältig. Sie erstreckt sich vom klassischen Aufhebeln der Fenster und Türen bis hin zum Erklettern von Balkonen, Dacheinstiegen, Aufbohren von Terrassentüren oder auf das Einwerfen der Verglasung. Als erstrebtes Gut sind vornehmlich Schmuck, Bargeld, Münzsammlungen und hochwertige Technik zu nennen, welche zumeist zeitnah umgesetzt werden können.

Die bandenmäßige Begehungsweise von Wohnungseinbruchsdiebstählen mit zunehmender Spezialisierung und Professionalität der Täterschaft stellte die Ermittlungseinheiten immer wieder vor neue Herausforderungen.

Um die Bekämpfung des Wohnungseinbruchsdiebstahles zu intensivieren und einen längerfristigen Erfolg zu gewährleisten, war eine länderübergreifende Zusammenarbeit unabdingbar, welche schließlich in der Einrichtung der Sachgebiete Wohnungseinbruchdiebstahl (WED) in den einzelnen Polizeiinspektionen der Polizeidirektion Lüneburg, der Koordinierungsstelle WED sowie der Entsendung einer Verbindungsbeamtin oder eines Verbindungsbeamten zur Polizei Hamburg mündete. Auch in den angrenzenden Bundesländern Hamburg und Schleswig-Holstein wurden entsprechende Sachgebiete eingerichtet.

Für einen ganzheitlichen Ansatz der Kriminalitätsbekämpfung wurden darüber hinaus regelmäßige länderübergreifende Schwerpunktkontrollen mit den Bundesländern Hamburg und Schleswig-Holstein durchgeführt, welche neben der Erkenntnisgewinnung auch einen präventiven Ansatz verfolgen. Aufgrund der Ratifizierung des Vertrages von Prüm - einem europäischen Übereinkommen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zum Zwecke der Verhinderung und Verfolgung von Straftaten - gehen zunehmend Erkenntnisse und DNA-Treffer nach einem Abgleich von gespeicherten DNA-Mustern aus den beteiligten Staaten ein. Auch hier wird die Überregionalität der Tätergruppen deutlich.

Nicht zuletzt wurde der Wohnungseinbruchsdiebstahl bei seiner Strafzumessung zu einem Verbrechenstatbestand qualifiziert.



Der erfreuliche Rückgang der Fallzahlen dürfte auch auf den Wirkungsgrad der gemeinsamen Erkenntnisgewinnung und Vernetzung, der zentralisierten Sachbearbeitung sowie der Sensibilisierung der Bevölkerung durch die Präventionsarbeit zurückzuführen sein und infolgedessen das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung positiv stärken.

Rückblickend haben sich demzufolge diese Ermittlungsmethoden in ihrer Gesamtheit etabliert und sich als durchaus gewinnbringend dargestellt.

Bekämpfung der Kriminalität im Zusammenhang mit Kraftfahrzeugen

Auch hier steht der Landkreis Harburg aufgrund seiner geografischen Lage im Süden Hamburgs, der soziogeografischen Struktur (über 257.000 Einwohner, 1.248km² Fläche und 206 Einwohner / km²), sowie kriminologischer Attraktivität im besonderen Fokus von überregionalen und reisenden Tätergruppierungen und -banden.

Gründe für diese Tatbegehungen liegen in erster Linie an der südlichen Randlage zu Hamburg. Viele der erkannten Täterinnen und Täter bzw. Tätergruppen sind dort aufhältig. Sie nutzen die gute Verkehrsinfrastruktur, um schnell in den Landkreis zu fahren und die aus kriminogener Sicht erfolgversprechenden Tatgelegenheitsstrukturen (u. a. hochwertige Wohnobjekte, hochwertige Kraftfahrzeuge und globale Logistikunternehmen) auszunutzen.

Betrachtet man die Pkw-Komplettentwendungen, stellt man im zurückliegenden Jahr 2021 einen deutlichen Rückgang der Fallzahlen fest. Sicher ist zu konstatieren, dass die Pandemie das Reisen auch von Tätergruppen erschwert haben dürfte, dennoch zeigt die Anzahl der Diebstähle an bzw. aus Kraftfahrzeugen, dass sich Täterinnen und Täter bzw. Tätergruppierungen im Deliktsbereich Kraftfahrzeuge im Raum des Landkreises Harburg auch während dieser Zeit hier aufgehalten haben. Im Jahr 2021 wurden 75 (2020: 90) Diebstähle von Kraftfahrzeugen (sogenannte Komplettentwendungen) erfasst. Häufig betroffen waren Fahrzeuge mit einer Komfortschließung, bei der der Schlüssel nur in die Nähe des Fahrzeugs gebracht werden muss, um es öffnen zu können. Die Täterinnen und Täter fangen diese Signale nahe am Wohnhaus auf und verstärken sie, so dass der Pkw durch einen Komplizen geöffnet und gestartet werden kann. Die organisierten Banden, die in diesem Deliktsfeld tätig sind, fokussieren sich dabei auf hochwertige Fahrzeuge der führenden Automarken.



Die Zahl der Diebstähle in oder aus Kraftfahrzeugen ist im Jahr 2021 auf 311 (2020: 372) zurück gegangen. Nach wie vor ist Zielrichtung fast ausnahmslos die Ersatzteilbeschaffung (Navigationssysteme, Airbags, Beleuchtungseinrichtungen) oder der Diebstahl hochwertiger Werkzeuge aus Firmenfahrzeugen.

Die angewandten Ermittlungsmethoden und der zielgerichtete Einsatz der Streifendienste führen immer wieder zu Festnahmen. Die örtlich zuständige Justiz unterstützt das Ziel, Tätergruppen bzw. Täterinnen und Täter strafrechtlich konsequent zu verfolgen entsprechend durch Anordnung oder Erlass strafprozessualer Maßnahmen. Sie hat jedoch auch einen hohen Qualitätsanspruch an die Sachbearbeitung.

Die Polizeiinspektion Harburg geht davon aus, dass die Taten im Deliktsfeld Kraftfahrzeuge durch verschiedene Tätergruppierungen begangen werden, die zum Teil parallel tätig sind. Fahrzeuge werden offensichtlich ganz konkret „auf Bestellung“ gestohlen und anschließend in Teilen oder in der Gesamtheit verwertet. Neben den Absatzwegen Richtung Osten sind auch Verschiffungen über den Hamburger Hafen in andere Ländern bekannt. Die Zusammenarbeit mit Zoll und anderen Behörden und Organisationen ist erfolgreich. Leider passen sich die Täterinnen und Täter immer wieder an technischen Änderungen der Hersteller an. Viele Fahrzeuge verfügen heute über Ortungstechnik. Die Täterschaft hat aber durchaus Techniken entwickelt, diese Ortung zu manipulieren oder die Technik zu entfernen.

Insgesamt ist und bleibt dieser Bereich der Straftaten ein Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit im Landkreis Harburg.



ROLLE DER POLIZEI IM STRAFVERFAHREN

Am Anfang steht die Strafanzeige. Wie geht es danach weiter?



Regelmäßig erreichen die Pressestellen der Polizeiinspektionen und der Polizeidirektion Lüneburg Nachfragen zu laufenden Strafverfahren. Häufig können oder dürfen sie zu bestimmten Verfahren allerdings keine Auskunft geben. Dies liegt an den gesetzlichen Aufgaben der Polizei in Strafverfahren. Diese strafrechtlichen Vorschriften sind den Fragestellern häufig nicht oder nicht im Einzelnen bekannt. In diesem Beitrag wird der standardisierte Ablauf eines Strafverfahrens in groben Zügen dargestellt und somit auch die Rolle der Polizei innerhalb dieses Verfahrens deutlich gemacht.

I. Zweck des Strafverfahrens

Das Strafverfahren verfolgt im Wesentlichen die Ziele der Wahrheitsfindung, der Rechtsstaatlichkeit und des Rechtsfriedens.

Das Verfahren dient zunächst der Ermittlung der Wahrheit. Hierzu wird der Sachverhalt, wie er sich tatsächlich abgepielt hat, möglichst umfassend aufgeklärt, um eine materiell zutreffende Entscheidung zu ermöglichen. Das Verfahren soll darüber hinaus rechtsstaatlich verlaufen, d. h. niemand soll unverhältnismäßigen Eingriffen von staatlicher Seite ausgesetzt sein. Hierzu dienen auch Prozessregelungen, wie die Garantie des rechtlichen Gehörs und der Anspruch auf den gesetzlichen Richter. Schließlich bezweckt das Verfahren

durch eine abschließende und verbindliche Entscheidung die Geltung der Rechtsordnung zu unterstreichen und hierdurch den Rechtsfrieden zu fördern.

II. Ermittlungsverfahren

Für die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens bedarf es zunächst zureichender tatsächlicher Anhaltspunkte für eine verfolgbare Straftat (Anfangsverdacht).

Jedermann ist befugt bei der Staatsanwaltschaft, der Polizei oder einem Gericht mündlich oder schriftlich eine Straftat anzuzeigen. Darüber hinaus sind die Ermittlungsbehörden beim Vorliegen eines Anfangsverdacht zur Einleitung des Ermittlungsverfahrens „von Amts wegen“ verpflichtet. Das Ermittlungsverfahren richtet sich gegen eine beschuldigte Person, auch wenn diese ggf. noch unbekannt ist.

Das Ermittlungsverfahren wird von der Staatsanwaltschaft als „Herrin des Verfahrens“ geleitet. Im Auftrag der Staatsanwaltschaft führt regelmäßig die Polizei den überwiegenden Teil der praktischen Ermittlungsarbeit durch. Mitarbeitende der Polizei wirken insoweit als Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft (§ 152 Gerichtsverfassungsgesetz) in diesem Abschnitt des Strafverfahrens mit.



Ziel des Ermittlungsverfahrens ist es, den Sachverhalt aufzuklären und hierbei nicht nur belastende Beweise, sondern auch entlastende Beweise zu identifizieren. Hierzu stützen sich die Polizei und die Staatsanwaltschaft auf die insbesondere in den §§ 81–163 der Strafprozessordnung (StPO) geregelten Ermittlungsmaßnahmen. Die Identitätsfeststellung

und Vernehmungen von Zeugen¹ respektive Beschuldigten, die Fertigung von Lichtbildern und Fingerabdrücken, Durchsuchungen oder aber auch die Telekommunikationsüberwachung seien an dieser Stelle nur exemplarisch genannt.

Das Ermittlungsverfahren endet, sobald die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen für ausreichend hält. Bei hinreichendem Tatverdacht, also wenn eine Verurteilung zu erwarten ist, erhebt sie Anklage (§ 170 Abs. 1 StPO) bzw. stellt sie Antrag auf Strafbefehl (§ 407 StPO).

Anderenfalls kann sie das Verfahren aufgrund fehlender Verurteilungswahrscheinlichkeit vor Gericht („mangels genügenden Anlasses zur Klageerhebung“ gem. § 170 Abs. 2 StPO) oder aufgrund Geringfügigkeit (§§ 153 ff. StPO) einstellen.

Auch die Verjährung von Straftaten, die fehlende Schuldfähigkeit von Beschuldigten oder ein fehlender Strafantrag (sofern dieser notwendig gewesen wäre) sind mögliche Ursachen für eine Einstellung.

Des Weiteren kann die Staatsanwaltschaft in Ermangelung eines öffentlichen Interesses auf den Privatklageweg verweisen. Diese Möglichkeit kommt nur bei abschließend katalogisierten, weniger gravierenden Straftaten (z. B. Hausfriedensbruch, Beleidigung, Sachbeschädigung) in Betracht.

Spätestens bei Abschluss der Ermittlungen gewährt die Staatsanwaltschaft dem gegebenenfalls beauftragten Verteidiger Akteneinsicht.

III. Zwischenverfahren

Nach Eingang der Anklageschrift entscheidet das Gericht im Zwischenverfahren, ob das von der Staatsanwaltschaft beantragte Hauptverfahren eröffnet wird. Das Verfahren liegt somit nunmehr in den Händen des Gerichtes.

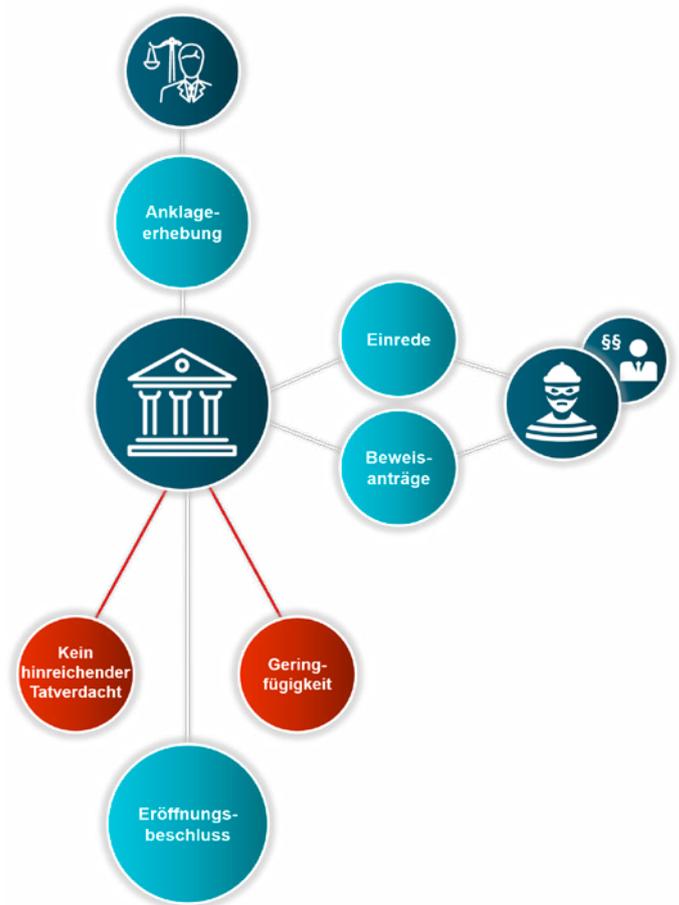
Bereits mit der Anklageerhebung wird der Beschuldigte zum Angeeschuldigten.

Dieser erhält nach Mitteilung der Anklageschrift die Gelegenheit zur Einrede oder Stellung weiterer Beweisanträge.

Das Gericht prüft unabhängig die Akten und entscheidet auf Grundlage der vorgelegten Beweislage, ob aus seiner Sicht ein hinreichender Tatverdacht gegen den Angeeschuldigten besteht oder nicht.

Wird kein hinreichender Tatverdacht begründet, lehnt das Gericht die Eröffnung des Hauptverfahrens ab.

¹ Die StPO verwendet nur die männliche Form. Dieser Text folgt der gesetzlichen Formulierung. Gemeint sind aber alle Menschen.



Das Gericht kann auch im Falle eines hinreichenden Tatverdachts das Zwischenverfahren mit der Einstellung wegen Geringfügigkeit beenden. Ansonsten erlässt das Gericht bei hinreichendem Tatverdacht den Eröffnungsbeschluss, der in das Hauptverfahren leitet.

IV. Hauptverfahren

Das Hauptverfahren verbleibt in den Händen des Gerichtes. Mit dem Eröffnungsbeschluss wandelt sich der Begriff des Angeeschuldigten zum Angeklagten.

Nach der entsprechenden Vorbereitung beginnt die Hauptverhandlung grundsätzlich mündlich und öffentlich vor dem zuständigen Gericht. In der Hauptverhandlung können auch Polizeivollzugsbeamtinnen und –beamten als Zeugen vernommen werden.

Der Gang der Hauptverhandlung ist gesetzlich in der StPO geregelt. An ihrem Ende entscheidet das Gericht ob der



Tatvorwurf berechtigt ist oder nicht. Daraus ergeben sich entweder die Verurteilung oder der Freispruch.

Das Urteil wird im Stehen und öffentlich, ausdrücklich „im Namen des Volkes“ verkündet. Die Urteilsgründe werden mitgeteilt und es wird darüber aufgeklärt, welche Rechtsmittel gegen das Urteil eingelegt werden können. Im Falle eines Freispruches ist der Angeklagte möglicherweise zu entschädigen (u. a. bei vorangegangener Untersuchungshaft).

Mit der Urteilsverkündung wird die Hauptverhandlung geschlossen.

Sofern das Urteil rechtskräftig wird – das heißt, wenn keine Berufung oder Revision eingelegt wird bzw. diese abgelehnt werden – endet das Hauptverfahren und geht in das Vollstreckungsverfahren über.

V. Vollstreckungsverfahren

Das Vollstreckungsverfahren richtet sich gegen den nunmehr Verurteilten. Ziel ist die Durchsetzung der aus der Verurteilung erwachsenen Rechtsfolgen (u. a. Freiheitsstrafe, Bewährungsstrafe, Sicherungsverwahrung, Geldstrafe, Berufsverbot, Fahrverbot). Dies übernimmt grundsätzlich die Staatsanwaltschaft als zuständige Vollstreckungsbehörde. Einen weiteren wesentlichen Teil des Vollstreckungsverfahrens bildet der Strafvollzug.



DIE TATORTGRUPPE – SPEZIALISTINNEN UND SPEZIALISTEN DES STREIFENDIENSTES



Dem Einsatz- und Streifendienst am Sitz der Polizeiinspektion Harburg in Buchholz gehört auch die für den gesamten Landkreis zuständige Tatortgruppe an. Insgesamt zwölf Beamtinnen und Beamte sind im Rund-um-die-Uhr-Dienst eingesetzt, um im Bedarfsfall eine spezialisierte Spurensuche und -sicherung vornehmen zu können. Hierfür wurden die Beamtinnen und Beamten in zahlreichen Lehrgängen speziell geschult.

An Tatorten mit besonders hohem Spurenaufkommen oder bei entsprechend schweren Delikten sind sie die ersten, die parallel zur Befragung von Zeuginnen und Zeugen - mit der Spurensuche beginnen. Die Bandbreite reicht von Einbrüchen in private oder gewerbliche Objekte über Brandursachenermittlung, Todesursachenermittlung, die Erstbearbeitung von Sexualdelikten bis zur Erstdokumentation von Tatorten bei Tötungsdelikten.

Die Ergebnisse der Arbeit der Tatortgruppe bilden die Grundlage für die Sachbearbeitung, die teilweise noch unmittelbar am Tatort, oder am Folgetag in die Ermittlungen einsteigt. Als integraler Bestandteil des Einsatz- und Streifendienstes unterstützen die Kolleginnen und Kollegen natürlich auch bei allgemeinen polizeilichen Einsatzlagen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden für die Arbeit in der Tatortgruppe in mehreren, mehrwöchigen Seminaren an der Polizeiakademie Niedersachsen und beim Landeskriminalamt Niedersachsen qualifiziert.



Für die Arbeit vor Ort ist die Tatortgruppe mit einem Sonderfahrzeug ausgestattet, das ein umfangreiches Equipment zur Spurensuche und -sicherung bereithält und es den Kolleginnen und Kollegen ermöglicht, weitestgehend autark am Tatort zu arbeiten.



FÜR DEMOKRATIE UND TOLERANZ

Widerstandskraft und demokratisches Selbstverständnis stärken!

„Wir dürfen die freiheitliche Demokratie nicht als selbstverständlich nehmen, dies lehrt uns die Geschichte. Die Polizei als Vertreterin der Exekutive muss stets wachsam sein und aktiv für den Erhalt der Demokratie eintreten. Indem wir ihre Werte aktiv leben, uns mit ihr und unserem Handeln selbstkritisch auseinandersetzen, schützen und bewahren wir sie. (...)“, so Polizeipräsident Thomas Ring bei der Eröffnungsveranstaltung der Wanderausstellung „Freunde-Helfer-Straßenkämpfer. Die Polizei in der Weimarer Republik“ im September 2021 in Lüneburg.

Der Polizeidirektion Lüneburg hat einen Schwerpunkt daraufgelegt, das freiheitlich-demokratische Selbstverständnis der Menschen innerhalb und außerhalb der Polizei zu bewahren und die Widerstandsfähigkeit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegenüber demokratiegefährdenden Einflüssen zu stärken. Es braucht vor allem Mitarbeitende, die auf der Grundlage eines „gesunden“ Demokratieverständnisses zum Gegenhalten befähigt, ermutigt und sich der eigenen Verantwortung bewusst sind.



Aus diesem Grund war es Polizeipräsidenten Thomas Ring eine besondere Freude die oben genannte Wanderausstellung im Museum Lüneburg präsentieren zu können.

Die öffentlich zugängliche Wanderausstellung legte den Fokus ausdrücklich auf die historische Entwicklung und die Veränderung der Polizei in der Weimarer Republik. Sie zeigte anhand von originalen Exponaten aus der Sammlung des Polizeimuseums Niedersachsen und von Privatpersonen, wie eine demokratisch geprägte, bürgernahe Polizei ihre Werte und Normen zwischen den blutigen Straßenkämpfen der politischen Parteien der Weimarer Republik zu verteidigen versuchte und schließlich durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten in eine vollkommen andere Rolle gedrängt wurde.

Dabei lag der Schwerpunkt der Ausstellung, die für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich war, auf den Regionen des heutigen Niedersachsens.



v.l.n.r. Polizeivizepräsident Hans-Jürgen Felgentreu, Polizeipräsident Thomas Ring, Leiterin des Museums Lüneburg Prof. Dr Heike Düselder, Lehrbeauftragter für Polizeigeschichte Dr. Dirk Götting (Polizeiakademie Niedersachsen)

Zusätzlich zur Wanderausstellung fanden mehrere Themenabende, teils mit regionalem Bezug, statt.

Frau Dr. Carola Rudnick, wissenschaftlich-pädagogische Leiterin der „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg, referierte beispielsweise über „Euthanasie und Polizei? – Zwischen Beteiligung und Betroffenheit“. Sie hat einen bewegenden Einblick in die damalige Geschichte gezeigt und dabei deutlich gemacht, dass an der Entrechtung von Psychiatriepatientinnen und -patienten im Nationalsozialismus nicht nur Mediziner beteiligt waren. Der Vortrag löste bei den Teilnehmenden vor allem Betroffenheit aus.



Darüber hinaus hat die Polizeidirektion Lüneburg noch viele weitere Maßnahmen ergriffen oder in Planung, um hier „den Fokus zu schärfen“.

Im Juni 2021 führte sie z.B. eine **Veranstaltung** zu der Thematik **„Demokratische Resilienz gegen extremistische Einflüsse“** durch. Mit der Vortragsreihe wird die Handlungssicherheit im Umgang mit diskriminierenden, extremistischen sowie populistischen Äußerungen gefördert. So soll nach innen gehandelt, aber auch nach außen gewirkt werden. Für die Veranstaltung konnten namenhafte externe Referierende gewonnen werden, welche die Themen

- „Argumentieren gegen Parolen und Populismus“,
- „Racial Profiling und Rassismus allgemein“ sowie
- „Rechtsextremistische WhatsApp-Chatgruppen bei der Polizei“

aufgriffen.

Die Vorträge bezogen sich auf praxisnahe Beispiele der Polizeiarbeit und verdeutlichten die Wichtigkeit, sich mit der demokratischen Resilienz zu beschäftigen.

Um sie allen Mitarbeitenden zugänglich zu machen, wurden die Vorträge aufgezeichnet und in das polizeiinterne soziale Netzwerk eingestellt.

Außerdem wurden im Rahmen einer Fortbildungsreihe der Polizeiakademie Niedersachsen sogenannte

Demokratiepatinnen und –paten

aus unseren sechs Polizeiinspektionen und der Zentralen Kriminalinspektion ausgebildet. Deren Aufgabe ist nun u.a. Handlungssicherheit im Umgang mit diskriminierenden, extremistischen sowie populistischen Äußerungen zu vermitteln und gleichzeitig die Sensibilisierung zum Thema zu fördern.

Indem wir demokratische Werte aktiv leben, uns mit ihnen und unserem Handeln selbstkritisch auseinandersetzen, schützen und bewahren wir die Demokratie.





PRÄVENTION

DIE PRÄVENTIONSPUPPENBÜHNE DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Die Präventionspuppenbühne der Polizeidirektion Lüneburg bietet Kindergärten und Grundschulen ein Präventionsprogramm an, bei dem das emotionale und soziale Lernen und das Vermitteln von Handlungskompetenzen in Konflikten, die Sicherheit im Straßenverkehr und Grundkenntnisse für den Umgang mit dem Internet im Mittelpunkt stehen.

Zielgruppe sind Kinder von der Vorschule bis hin zur vierten Grundschulklasse in den Landkreisen Celle, Harburg, Heidekreis, Lüneburg, Lüchow-Dannenberg, Rotenburg (Wümme), Stade und Uelzen. Daneben hat die Puppenbühne ein Programm speziell für Seniorinnen und Senioren im Angebot. In über 200 Veranstaltungen werden über 13.000 große und kleine Zuschauerinnen und Zuschauer jährlich erreicht.

Folgende Stücke werden gespielt:

Das Rätsel der gelben Füße (Vorschulalter)

Die pfiffige Maus Frieda und der gemütliche Hofhund Herr Meier genießen ein herrliches Leben auf dem Land. Eines Morgens entdeckt Frieda in der Zeitung ein Foto von gelben Fußspuren in der Stadt. Wo kommen die gelben Füße nur her und vor allem – warum sind sie überhaupt da!?!

Beide wittern einen Kriminalfall und machen sich auf eine Reise in die Stadt, um das Rätsel der gelben Füße zu lösen. Dabei lernen nicht nur die Beiden, wo und wie man am sichersten über eine Straße kommt.

Doch wem gehört nur der gelbe Gummistiefel und warum klebt da gelbe Farbe dran? Was macht „Matze das Zebra“ im Stadtpark? Da hilft nur eines: eine Stiefelbesitzerertapungsfalle!

Das Stück vermittelt zukünftigen Schulanfängerinnen und -anfängern wichtige Grundregeln im Straßenverkehr.

Jan & Tina „Wissen um Gefühle“ und „Umgang mit Konflikten“ (2. Klasse)

Das Angebot umfasst ein Präventionsprogramm, in dem das emotionale und soziale Lernen sowie das Vermitteln von Handlungskompetenzen in Konflikten im Mittelpunkt stehen.

In den ersten beiden Unterrichtsstunden erleben die Kinder mit den Hauptfiguren Jan und Tina alltägliche Situationen, die mit unterschiedlichen Gefühlen zu tun haben. Die Kinder erkennen in kleinen Puppenspielsequenzen sechs Grundgefühle (traurig-fröhlich, ängstlich-mutig, ärgerlich-lustig). Sie erweitern ihr Wissen um Gefühle auf spielerische Art und Weise. Unter Einbindung verschiedener Arbeitsmaterialien lernen sie Gefühle bei sich und anderen zu erkennen und zu benennen.

In zwei weiteren Unterrichtsstunden steht das Thema Streit im Vordergrund. Die Kinder sehen wie die Freunde Jan und Tina sich darum streiten, wer ins Tor geht und dass beide ohne Klärung ärgerlich den Spielplatz verlassen. Jetzt können die Kinder ihr Wissen um Gefühle gut gebrauchen, um Jan und Tina zu helfen. In Kleingruppen werden die Kinder angeregt, Lösungsvorschläge zu entwickeln. Sie präsentieren diese anschließend in kleinen Schauspielsequenzen. Eine Versöhnung der Freunde kann herbeigeführt werden. Dadurch werden die Handlungskompetenzen in Konflikten und das Selbstbewusstsein der Kinder gestärkt. Als echte „Meisterin der Gefühle“ oder als echter „Meister der Gefühle“ hat jedes Kind einen Orden und die Klasse eine Urkunde verdient.

Du darfst es sagen (2.Klasse)

Bei dem Projekt „Du darfst es sagen“ handelt es sich um die Umsetzung des Themas Häusliche Gewalt in Form eines Koffertheaters. Der daraus entstandene Film kann in Zusammenarbeit mit dem Kinderschutzbund Lüneburg im Unterricht der 2. Klassen eingesetzt werden. Anhand von vier Szenen werden Situationen und deren Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt. Im Vordergrund steht, Kindern Hilfsangebote zu vermitteln, wie z.B. die bundesweite Nummer gegen Kummer.

Netz-Dschungel (4. Klasse)

Die Zuschauerinnen und Zuschauer erleben mit dem 10-jährigen Tobias eine Reise durch das weltweite Internet. Symbolisch wird die Reichweite des Internets mittels Tierfiguren aus verschiedenen Ländern bzw. Kontinenten dargestellt. Er begegnet z.B. dem lustigen Pinguin aus der Antarktis, dem Didgeridoo spielenden Känguru Arnie aus Australien oder einem plappernden Papageien aus dem südamerikanischen Regenwald.





Ihre Ansprechpersonen:

Hanna Sterner | Kai Lühns

**Präventionspuppenbühne
Polizeidirektion Lüneburg - Dezernat 11 –**

Auf der Hude 2 21339 Lüneburg

Tel.: 04131 8306 - 11 11

E-Mail: praeventionspuppenbuehne@pd-lg.polizei.niedersachsen.de

Tobias taucht immer weiter ins World-Wide-Web ein. Bei seiner Netzreise glaubt er, mit der hilfsbereiten, niedlichen Maus Trixi Freundschaft geschlossen zu haben und gibt unbedarft viele persönliche Daten von sich im Internet preis. Als Trixis Maske fällt und sie ihr wahres Gesicht zeigt werden virtuelle Wahrheiten in Frage gestellt, doch auf Tobias Schulfreund Mark und auf seine Mama ist wirklich Verlass.

In dem Stück werden erste wichtige Thematiken zur Mediensicherheit vermittelt.

„Kennen Sie schon Werner Kratzke?“ (Seniorinnen und Senioren)

In dem Programm für Lebenserfahrene werden den Zuschauerinnen und Zuschauern Tipps, Hinweise und Anregungen gegeben wie man sich speziell als älterer Mensch davor schützen kann, Opfer von Straftaten zu werden. Ablenkung und Täuschung sind dabei bevorzugte Tathandlungen mit denen die Täterinnen bzw. Täter das Geld oder die Wertgegenstände der älteren Menschen ergaunern oder stehlen wollen.

Begleitet wird der Kollege von seinen liebenswerten Puppen, die auf humorvolle und anschauliche Art und Weise von ihren Erfahrungen mit Betrugs- und Diebstahlsdelikten (z.B. Enkeltrick, Haustürgeschäften, Falscher Polizist) berichten.

DAS PRÄVENTIONSTEAM DER POLIZEIINSPEKTION HARBURG

Allgemein

Auch im Jahr 2021 war die polizeiliche Prävention durch die Ein- und Beschränkungen der Corona-Pandemie stark beeinflusst. Die in erster Linie auf Kontaktvermeidung abzielenden Schutzmaßnahmen hatten zur Folge, dass die auf persönliche Ansprache ausgerichtete Präventionsarbeit nicht in dem gewohnten Maße und Umfang stattfinden konnte.

Dennoch wurden über das ganze Jahr zahlreiche Präventionsthemen wie z.B. Eigentumskriminalität, Mediensicherheit und Verkehrssicherheitsarbeit in der Presse und im Bereich Social Media öffentlichkeitswirksam dargestellt. Auch ein Fernsehauftritt des Beauftragten für Kriminalprävention, Kriminalhauptkommissar Carsten Bünger, am 19.10.2021 zum Thema „Wohnungseinbruchdiebstahl - Einbruchschutz“ bei Sat 1 Regional gehörte dazu.

Präventionsmaßnahmen für Gruppen konnten aufgrund der Corona-Beschränkungen ebenfalls nur eingeschränkt stattfinden. Lediglich in den Sommermonaten waren vereinzelt Veranstaltungen möglich.

Zu den einzelnen Tätigkeitsbereichen:

Erwachsene

Für den Beauftragten für Kriminalprävention, KHK Bünger, stellten die Themenfelder Einbruchschutz, Straftaten zum Nachteil älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie die Verhinderung häuslicher Gewalt Schwerpunkte der polizeilichen Präventionsarbeit für Erwachsene dar.

Im Rahmen der Möglichkeiten wurden diverse **Beratungen zum Thema Einbruchschutz** vor Ort durchgeführt. Eine entsprechende Beratung hat einen ganzheitlichen Ansatz, bezieht also Lage und Erreichbarkeit des Objekts, den Außenbereich sowie die Themen Mechanik und Elektronik mit ein, um eine möglichst individuelle und abgestimmte kriminalpräventive Empfehlung geben zu können. Die Beratung ist kostenfrei und die Ratsuchenden äußerten sich sehr positiv darüber, dass die Polizei ein derartiges Beratungsangebot auch in der schwierigen Lage aufrechterhält. Auch zu anderen sich bietenden Gelegenheiten, wie z. B. durch Informationsstände auf Wochenmärkten, wurde zum Thema Einbruchschutz informiert.

Ihre Ansprechpartner v.l.n.r.

Kriminalhauptkommissar Carsten Bünger
Beauftragter für Kriminalprävention und
Koordinator Präventionsteam

Tel. 04181 285-108
carsten.buenger@polizei.niedersachsen.de

Polizeioberkommissar Dirk Poppinga
Verkehrssicherheitsberater

Tel. 04181 285-109
dirk.poppinga@polizei.niedersachsen.de

Kriminalhauptkommissarin Lydia Freienberg
Beauftragte für Jugendsachen

Tel. 04181 285-107
lydia.freienberg@polizei.niedersachsen.de
www.instagram.com/polizei.lkharburg.lf/

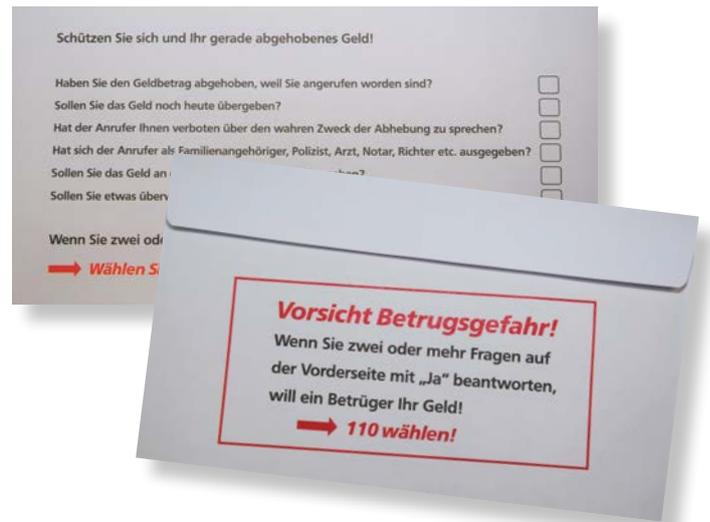


Das Thema **Taschendiebstahl bzw. Diebstahl aus in Einkaufswagen abgelegten Taschen** ist eines der Kernthemen, die im Bereich Prävention von Straftaten zum Nachteil älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger eine große Rolle in der Präventionsarbeit spielen. Neben der Öffentlichkeitsarbeit waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Präventionsteams auf Wochenmärkten und bei Veranstaltungen unterwegs, um Angehörige der Zielgruppe anzusprechen und auf das Thema aufmerksam zu machen.

Zudem wurden zwei weitere Motive der eigens für dieses Themenfeld entwickelten Präventionsmedien (Plakate) veröffentlicht, die über die einzelnen Dienststellen landkreisweit an geeigneten und gut frequentierten Objekten ausgehängt werden. Die Plakate sollten durch die ansprechenden Titel („Täglich für Sie geöffnet“ und „Herzlich willkommen zum Tag der offenen Tasche“) das Thema Taschendiebstahl ins Bewusstsein der Menschen rufen. Eine Weiterführung der Aktion mit weiteren Plakattiteln für das Jahr 2022 ist geplant.



Betrugstaten, bei denen die Täterinnen und Täter **am Telefon** eine falsche Identität angaben (Polizei, Microsoftmitarbeitende, Notar- oder Anwaltskanzlei, Gewinnversprechen, Unfall u. a.) und so versuchten, an Geld oder Vermögenswerte zu gelangen, spielen immer noch eine wichtige Rolle in der Präventionsarbeit. Zu diesem Themenfeld wurde wiederkehrend versucht, durch Presseberichterstattung Aufmerksamkeit bei der Zielgruppe der über 65-Jährigen zu erzeugen.



Für einen neuen Präventionsansatz wurde, in Kooperation mit regionalen Kreditinstituten, das Projekt **„Briefumschlag gegen Telefonbetrug“** umgesetzt. In geeigneten Fällen nutzen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreditinstitute diese Umschläge für Bargeldauszahlungen und weisen die Kundinnen und Kunden auf die aufgedruckten Fragen hin, um diese für mögliche Betrugshandlungen zu sensibilisieren. Eine Nachfrage hatte zum Ergebnis, dass diese Briefumschläge bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreditinstitute als auch bei deren Kundinnen und Kunden grundsätzlich positiv aufgenommen wurden.

Im Zusammenhang mit der Prävention von Straftaten zum Nachteil älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger ist auch auf eine gelungene Kooperation mit den Impfzentren in Buchholz und Winsen (Luhe) hinzuweisen, in denen die Präventionsbrochüre „Im Alter sicher leben“ ausgelegt werden konnte und insbesondere in Winsen (Luhe) großen Zuspruch fand.

Das Thema **„Häusliche Gewalt“** wird im Landkreis Harburg schwerpunktmäßig durch das Netzwerk gegen häusliche Gewalt betreut, in dem viele Institutionen und Behörden (u. a. Landkreis Harburg, Stiftung Opferhilfe, Weisser Ring, Jugendamt, Staatsanwaltschaft, Polizei) vertreten sind. Jedes Jahr beteiligt sich auch die PI Harburg an der sog. „16-Tage-Kampagne“, bei der z. B. auch auf Wochenmärkten, unter Einbeziehung eines „Kampagnenbusses“, durch beteiligte Institutionen zu dem Themenbereich sensibilisiert wurde.

Im Jahr 2021 hat die Polizeiinspektion Harburg die Aktion **#Hinschauen110wählen** anlässlich der 16-Tage-Kampagne gegen Gewalt an Frauen initiiert. Es wurde ein Video erstellt, in dem die Thematik häusliche Gewalt bzw. das Umfeld von Betroffenen in den Mittelpunkt gestellt wurde. Die Zuschauerinnen und Zuschauer sollten vor dem Hintergrund der Förderung von Zivilcourage zum „Hinschauen“ und „Melden“ animiert werden. Das Video wurde auf Instagram und Facebook mehr als 15.000 Mal angeschaut und lief auch im Vorprogramm des Buchholzer Kinos.

Jugendsachen

Nachdem im Jahr 2020 aufgrund der Corona-Pandemie die Durchführung von polizeilichen Workshops und Präventionsprojekten an Schulen nur eingeschränkt möglich war, konnten im Jahr 2021 wieder deutlich mehr Präsenzveranstaltungen stattfinden.

Das **Projekt „Wir sind stark“** ist ein Präventionsprogramm der Polizei zur Förderung und Entwicklung von Zivilcourage und dem Erlernen von Anti-Gewalt-Strategien bei Kindern und Jugendlichen. Das Programm richtet sich gezielt an geschlossene Schulklassen und soll zugleich das Sozialverhalten innerhalb der Gruppe fördern. In einem zweitägigen Intensivkurs werden verschiedene Übungen durchgeführt und reflektiert.

Für den Bereich **Suchtprävention** wurden in 8. Klassen Workshops à 90 Minuten durchgeführt. Inhaltlich werden zum einen die gesundheitlichen Gefahren durch Drogenkonsum zum anderen die möglichen rechtlichen Folgen für junge Menschen thematisiert.

Der Bereich **Mediensicherheit** nimmt einen großen Anteil der Präventionsarbeit der PI Harburg ein. Durch die Corona-Pandemie scheinen sich Themen wie Cybermobbing, Cybergrooming, Sexting und ähnliches verstärkt zu haben.

Zu diesen Themen werden in der PI Harburg diverse Konzepte ab der 3. Klasse angeboten. Erwähnenswert ist hier das **Projekt „Kein Foto für Dich“**, das sich inhaltlich mit dem Verschicken von Nacktbildern sowie den Gefahren und Risiken, die damit verbunden sind, auseinandersetzt. Dieses Projekt wurde auch im Jahr 2021 in ca. 40 Schulklassen des siebten Jahrgangs fortgesetzt. Das Projekt erhält große

Resonanz und positives Feedback.

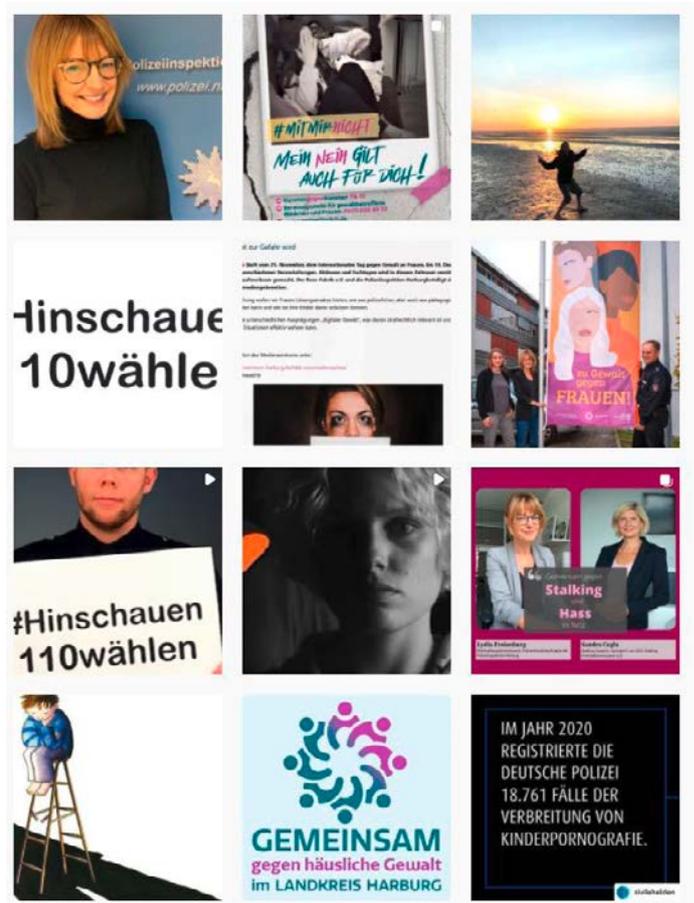
Im Bereich der **„Prävention vor sexuellem Missbrauch“** wird das Konzept „Starke Menschen“ umgesetzt, welches von der PI Harburg und dem Deutschen Kinderschutzbund, Kreisverband Harburg-Land, entwickelt wurde.



U. a. durch ein Puppentheaterstück soll Kindern ab acht Jahren gezeigt werden, wie sie Grenzüberschreitungen durch Erwachsene erkennen, sich wehren und sich Hilfe holen können. Der dazugehörige Elternabend wird durch die Polizei begleitet. Im Jahr 2021 wurden hierzu einige digitale Elternabende an Grundschulen durchgeführt.

Gerade aufgrund der Corona-Pandemie bestand weiterhin die Notwendigkeit, präventionsrelevante, polizeiliche Themen wie Mediensicherheit, Zivilcourage und Gewaltprävention an die Kinder und Jugendlichen, aber auch deren Eltern und Erziehungsberechtigten, zu transportieren.

Der im Frühjahr 2020 durch die Beauftragte für Jugendsachen der PI Harburg, KHKin Freienberg, eingerichtete **Instagram-Account** (www.instagram.com/polizei.lkharburg.lf) hat sich in 2021 als adäquates Medium für eine zusätzliche Möglichkeit der Ansprechbarkeit bewährt.



Durch den Instagram Account gelingt es, Präventionsthemen und -tips zu kommunizieren und mit der Zielgruppe in Kontakt zu kommen. Auch die für Prävention wichtige Netzwerkarbeit mit anderen Institutionen konnte hierdurch intensiviert werden. Einzelne Beiträge wurden bis zu 25.000 Mal geteilt und angesehen.



Verkehrssicherheitsarbeit

Mit örtlichen Partnern und der Verkehrswacht Harburg-Land wurde eine Aktion zum Thema „**Dooring-Unfälle**“ durchgeführt. Inhaltlich geht es dabei um Verkehrsunfälle zwischen Pkw-Nutzerinnen und Nutzern, die beim Öffnen der Fahrzeugtüren nicht nach hinten schauen und dadurch Radfahrerinnen und Radfahrer schädigen, die mit den Türen kollidieren. Hierzu wurden parallel zum Material auf Landesebene entsprechende Info-Blätter und Aufkleber konzipiert und hergestellt. Die Verbreitung erfolgte über den örtlichen Fachhandel, kommunale Einrichtungen sowie die Polizeidienststellen.

Soweit möglich, wurde die **Radfahrausbildung im Grundschulbereich** gefördert und unterstützt. Neben den üblichen Fahrradkontrollen wurden in Zusammenarbeit mit der Verkehrswacht die Prüfungsunterlagen bereitgestellt und die theoretischen Radfahrprüfungen mit den Schulen durchgeführt.

Die tägliche **Schulwegsicherung** wurde insbesondere im Grundschulbereich intensiv betrieben und wenn möglich, durch Verkehrsüberwachungsmaßnahmen unterstützt.

Durch gezielte **Fußstreifentätigkeit** im urbanen Bereich wurde auf die richtige Nutzung von Radwegen und Schutzstreifen durch Radfahrerinnen und Radfahrer geachtet. Bei Fehlverhalten wurden Informationsgespräche geführt, die eine nachhaltige Wirkung bei einem großen Teil der Angesprochenen erzeugte.

Kontaktbereichsdienst

Auch die Kontaktbeamtinnen und Kontaktbeamten mussten in Folge der Corona-Pandemie in ihrer Tätigkeit einschränken. Die Kontakte wurden aber, wo es möglich war, weiter gehalten: telefonisch, per Mail und Videokonferenz und vor allem natürlich mit Abstand auf der Straße, auf dem Markt oder in Geschäften. Dabei war festzustellen, dass die Thematik der coronabedingten Ein- und Beschränkungen in den Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern zunehmend mehr Raum einnahm.

Im Rahmen ihrer Möglichkeiten haben die Kolleginnen und Kollegen auch im örtlichen Bereich über die verschiedenen Präventionsthemen informiert. Sie haben Kundinnen und Kunden z. B. direkt auf unbeaufsichtigte Handtaschen im Einkaufswagen angesprochen und Info-Flyer überreicht. Darüber hinaus haben sie in geeigneten Geschäften Informationsmaterial zu diversen Präventionsthemen wie Betrugsaschen, Häusliche Gewalt etc. ausgelegt und Informationsstände auf Wochen- oder vor größeren Einkaufsmärkten aufgestellt, um auch dort im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern gezielt aktuelle, präventionsrelevante Themen ansprechen zu können.

Die Erfahrungen zeigen, dass diese polizeiliche Präsenz und auch die Durchführung präventiver Aktionen gerade in der schwierigen Zeit der Pandemie sehr gut aufgenommen wurde und grundsätzlich eine äußerst positive Resonanz erfuhr.

Die Kontaktbeamtinnen und Kontaktbeamten sind als Ansprechpersonen vor Ort wie folgt erreichbar:

Polizeiinspektion Harburg Buchholz in der Nordheide

Polizeioberkommissarin
Katrin Ragge
Tel. 04181 285-280
katrin.ragge@
polizei.niedersachsen.de



Polizeikommissariat Seevetal Seevetal-Maschen

Polizeihauptkommissarin
Stephanie Jahnert
Tel. 04105 620-146
stephanie.jahnert@
polizei.niedersachsen.de



Polizeistation Neu Wulmstorf

Polizeioberkommissarin
Melanie Kanebley
Tel. 040 3344199-0
melanie.kanebley@
polizei.niedersachsen.de



Polizeikommissariat Winsen (Luhe)

Polizeikommissar
Sebastian Pacholec
Tel. 04171 796-157
sebastian.pacholec@
polizei.niedersachsen.de



Polizeioberkommissarin
Stephanie Gramann
Tel. 04171 796-167
stephanie.gramann@
polizei.niedersachsen.de

„Du Hu**ntochter | Ich reiße dir die

Kehle auf. Jeder weiß, dass du

nichts willst außer gefi**t zu werden“

1500 €*

* Geldstrafe wegen
Beleidigung (§185 StGB)

#HassistkeineMeinung



POLIZEI
NIEDERSACHSEN



FÜHRUNGS- UND EINSATZMITTEL

FÜHRUNGS- UND EINSATZMITTEL IN DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Innovativ und nachhaltig für Ihre und unsere Sicherheit

Bodycam

Seit Anfang Februar 2020 sind Körperkameras, die sogenannten Bodycams, flächendeckend in den 24-Stunden-Dienststellen der Polizeiinspektionen dauerhaft im Einsatz.



Die Beamtinnen und Beamte der Einsatz- und Streifendienste können auf insgesamt 244 Bodycams zurückgreifen.

Die Bodycams werden von den Einsatzkräften an der Uniform getragen und sollen potentielle Gewalttäterinnen und -täter von Angriffen auf Beamtinnen und Beamte abschrecken. Bei entsprechenden Übergriffen können die Kamera- und Audioaufzeichnungen auch als Beweismittel dienen. Der offene und vorher angekündigte Einsatz der Körperkameras erfolgt auch im alltäglichen Einsatzdienst, wie in Anhalte- und Kontrollsituationen.

Die Videotechnik wird ausschließlich von Einsatzkräften genutzt, die ein gut sichtbares Hinweisschild mit der Aufschrift „Video / Audio“ an ihrer Uniform tragen. Dabei setzen die Beamtinnen und Beamten auf ein hohes Maß an Transparenz bei der Verwendung der Bodycams, insbesondere in konkreten Einsatzsituationen. Zusätzlich soll der Einsatz der Bodycams unter den gleichen Gesichtspunkten den Schutz Dritter verbessern.

Außentragehülle

Das Erscheinungsbild der Polizei hat sich in den vergangenen Jahren bereits stark verändert. Die Einsatzkräfte werden sukzessive mit Außentragehüllen



ausgestattet, die neben einer Entlastung von beanspruchten Körperpartien, gerade in Kombination mit den ebenfalls „neuen“ Kleidungsstücken, eine größere Flexibilität vor allem bei warmen Temperaturen ermöglichen. Die Außentragehülle ist kompatibel mit ballistischen Schutzpaketen und enthält fünf Taschen.

Ziel ist es, bis voraussichtlich 2023 alle Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte im operativen Dienst mit einer Außentragehülle auszurüsten.

Kraftfahrzeuge

Im Zusammenhang mit der ökologischen Neuausrichtung des Fuhrparks hat die Polizeidirektion Lüneburg in den vergangenen Jahren den Bestand an vollelektrischen und teilelektrischen (Hybrid) Fahrzeugen sukzessive erhöht. Dies betrifft sowohl die Beschaffung von Pkw als auch von Funkstreifenwagen. Der Anteil der E-Mobilität soll auch in den kommenden Jahren ausgebaut werden.

Parallel zur Fuhrparkerneuerung erfolgt auch der kontinuierliche Ausbau der Ladeinfrastruktur. Im Jahr 2021 wurden auf Initiative einzelner Inspektionen weitere Ladepunkte infrastrukturell erschlossen. Weitere umfangreichere Erschließungsmaßnahmen sind für zahlreiche Standorte vorgesehen. Sie können aus dem Konjunkturpaket finanziert und voraussichtlich noch im Jahr 2022 begonnen werden. Zudem ist es im Jahr 2022 ebenfalls vorgesehen, 24 weitere mobile Wallboxen in die Fläche zu geben.



DIE POLIZEI GEHT IN DIE LUFT

Drohne zur Suche und Dokumentation

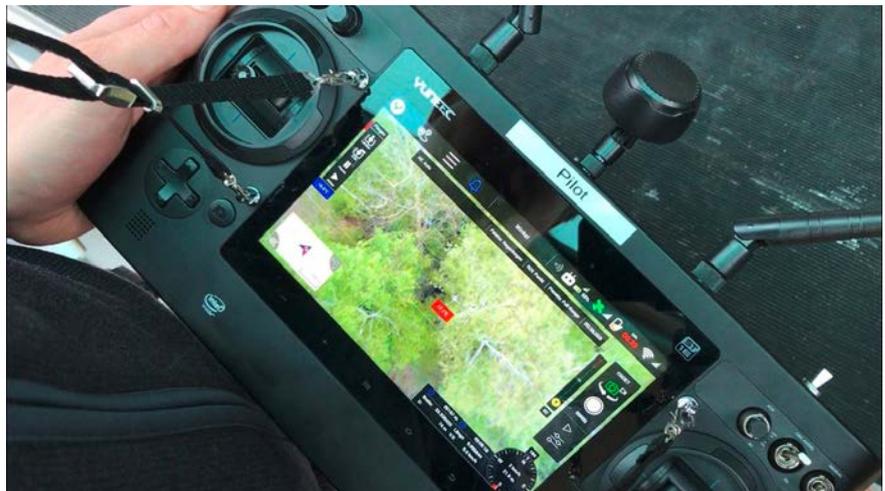
Bereits Ende 2016 ist die Idee entstanden, eine Drohne als Einsatzmittel im Einsatz- und Streifendienst der Polizeiinspektion Harburg zu erproben. Der Gedanke war, Verkehrsunfälle und andere Tatorte zu dokumentieren. Weitere Einsatzgebiete wurden in der Suche nach hilflosen, vermissten oder verletzten Personen, der Absuche bei Evakuierungen und der zeitnahen Erkennung von Gefahren für die Allgemeinheit und für Einsatzkräfte gesehen.

Nach Beantragung einer Pilotierung ist im ersten Quartal 2019 eine Drohne Yuneec H520 mit Zubehör an die PI Harburg übergeben worden. Ebenfalls Anfang 2019 erfolgte die Ausbildung von sechs Mitarbeitenden zu Luftfahrzeugfernführinnen und -führern. Neben der Zentralen Polizeidirektion in Hannover ist die Polizeiinspektion Harburg die einzige regionale Dienststelle in Niedersachsen, die über eine Drohne verfügt. Nach umfangreichen Ausarbeitungen zum Thema Datenschutz und IT-Sicherheit startete im April die Pilotierung, welche nach sechs Monaten erfolgreich abgeschlossen werden konnte.

Die Erstellung der anfänglichen Übersichtsaufnahmen von Einsatzstellen hat sich mit der Zeit hin zu maßstabsgerechten Orthofotos entwickelt. Orthofotos sind Aufnahmen, bei denen das Luftbild verzerrungsfrei und maßstabsgetreu die Oberfläche wiedergibt. Das Verfahren ist durch die Luftfahrzeugfernführerinnen und -führer im Eigenstudium erarbeitet und durch einen unabhängigen Gutachter überprüft worden.

Durch Orthofotos kann in Zukunft das aufwendige Vermessen einer Einsatzstelle entfallen, da die Vermessung im Anschluss an einem Computer vorgenommen wird.

Die sechs Luftfahrzeugfernführerinnen und -führer werden regelmäßig auch von anderen Dienststellen außerhalb des Landkreises Harburg angefordert, um dort bei entsprechenden Einsätzen zu unterstüt-





zen. In der Vergangenheit konnten zahlreiche Unfallstellen größeren Ausmaßes detailreich dokumentiert werden. Nicht begehbare Brandruinen wurden aus der Luft aufgenommen, so dass dem Ermittlungsbereich anschließend ein 3-D-Modell zur virtuellen Begehung des ausgebrannten Dachstuhl zur Verfügung gestellt werden konnte. Auch bei Absuchen von Gefahrenbereichen im Vorfeld einer Kampfmittelräumung ist die Drohne bereits mehrfach zum Einsatz gekommen. So konnten gerade in unwegsamen Bereichen, die sonst müh-

Personensuche bei Nacht

sam zu Fuß kontrolliert werden mussten, sehr schnell große Areale überprüft und freigegeben werden.

Seit Einführung der Drohne ist sie bis Anfang 2021 bereits über 220 Mal zum Einsatz gekommen. Dies zeigt, dass eine Drohne für die tägliche polizeiliche Arbeit ein Zugewinn ist. Sie eröffnet einen gänzlich anderen Blickwinkel bei Einsätzen. Durch die schnelle Verfügbarkeit am Einsatzort ergeben sich auch taktische Vorteile im Vergleich zu einer zeit- und vor allem kostenintensiven Anforderung eines Polizeihubschraubers. Die einzige Einschränkung besteht derzeit noch darin, dass die Drohne nur bei Tageslicht eingesetzt werden darf. Eine mögliche Erweiterung auf Flüge bei Dunkelheit, gerade im Zusammenhang mit der eingesetzten Wärmebildtechnik, wird geprüft.





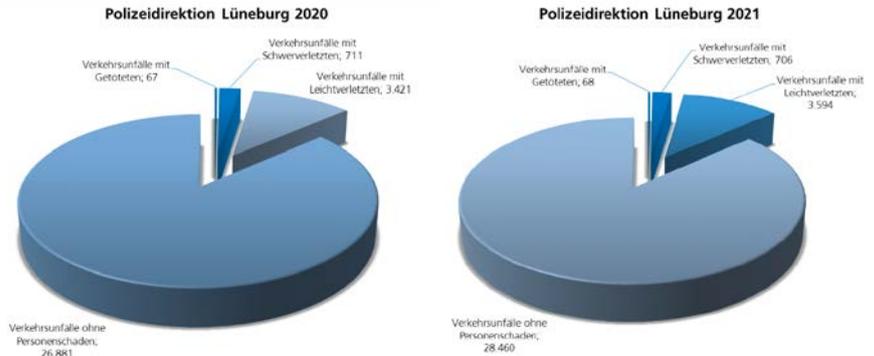
EINSATZ

VERKEHRSUNFALLSTATISTIK 2021 FÜR DIE POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Der rückläufige Trend setzt sich nicht fort. VERKEHRSUNFALLSTATISTIK 2020/2021

Die Auswertung der Verkehrsunfallzahlen für das Jahr 2021 hat gezeigt, dass sich der rückläufige Trend aus dem Jahr 2020 nicht fortgesetzt hat. Trotz der fortdauernden pandemischen Lage sind wesentliche Kennzahlen wieder gestiegen.

Die Gesamtzahl der Verkehrsunfälle im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Lüneburg ist nach dem zehnjährigen Tiefstand im Jahr 2020 wieder um ca. 5,6% angestiegen.



Statistisch wurden 2021 insgesamt 32.828 Unfälle erfasst, im Jahr 2020 waren es 31.078.

Für das Jahr 2021 haben sich im Vergleich zum Jahr 2020 die folgenden, wesentlichen Veränderungen ergeben:

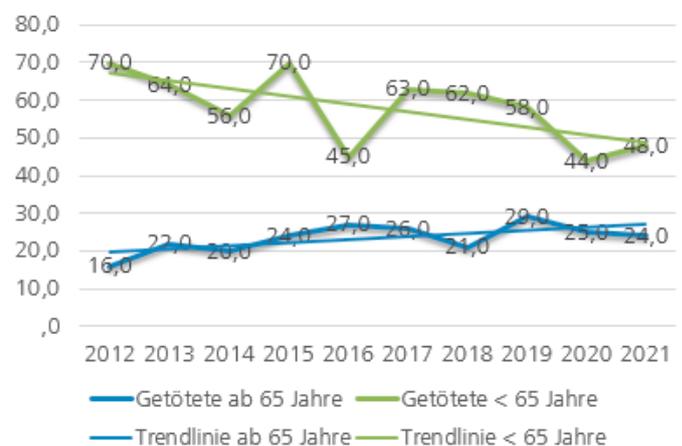
- Verkehrstote: + 4,3%
- Verkehrstote über 65 Jahre: - 4%
- Verkehrsunfälle mit schwer verletzten Personen: - 0,5%
- Baumunfälle: + 12,8%
- Verkehrsunfälle unter Einfluss von Alkohol, Drogen oder Medikamenten: + 7,1%
- Fahrten unter Alkoholeinfluss (ohne Verkehrsunfälle): - 3,6%
- Fahrten unter Drogen- oder Medikamenteneinfluss (ohne Verkehrsunfälle): + 35,6%
- Verkehrsunfallfluchten: + 0,5%
- Unfälle mit Fahrradfahrenden: - 0,8%

Langfristig betrachtet steigt die Zahl der Verkehrsunfälle und damit einhergehend auch die Zahl der von Unfallfolgen betroffenen Verkehrsteilnehmenden. Insbesondere die Altersgruppen der Seniorinnen und Senioren sowie der Fahranfängerinnen und Fahranfänger werden weiterhin in der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit besonders berücksichtigt. Die Fachstrategie Verkehr nimmt sich auf Grundlage des Verkehrsunfalllagebilds den aktuellen sowie künftigen Umweltrends im Bereich der Mobilität an und geht hierbei flexibel auf veränderte Unfallursachen und Zielgruppen ein. So wird in 2022 der Fokus auf der Überprüfung der Verkehrstüchtigkeit der Verkehrsteilnehmenden liegen.

In absoluten Zahlen ergeben sich aus der Verkehrsunfallstatistik für das Jahr 2021:

- 72 Verkehrstote bei 68 Verkehrsunfällen, davon 24 Verkehrstote über 65 Jahre
- 706 Verkehrsunfälle mit schwer verletzten Personen
- 729 Baumunfälle
- 569 Verkehrsunfälle unter Einfluss von Alkohol, Drogen oder Medikamenten
- 1.510 Fahrten unter Alkoholeinfluss (ohne Verkehrsunfälle)
- 1.797 Fahrten unter Drogen- oder Medikamenteneinfluss (ohne Verkehrsunfälle)
- 6.985 Verkehrsunfallfluchten (Aufklärungsquote: 43,8%)
- 1.561 Verkehrsunfälle mit Fahrradfahrenden
- 8 tote Fahrradfahrende (davon 2 x Pedelec, 5 x Personen über 65 Jahre und 8 x ohne Fahrradhelm)

POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG 2012 BIS 2021



Trendlinien der Unfalltoten unter/ab 65 Jahre



VERKEHRSUNFALLSTATISTIK 2021 FÜR DIE POLIZEIINSPEKTION HARBURG

Ein Großteil der Zahlen ist wieder leicht gestiegen.

Im Jahr 2021 erfasste die Polizei im Landkreis Harburg 6.061 Verkehrsunfälle, das sind 311 Unfälle bzw. 5,8 % mehr als im Vorjahr. Die häufigsten Unfallursachen waren mangelnder Abstand (459 Fälle), nicht angepasste Geschwindigkeit (377 Fälle) und Fehler beim Gewähren der Vorfahrt (279 Fälle).



Zwölf Menschen wurden bei Unfällen getötet, sieben mehr als im Jahr 2020. Drei Menschen starben bei Unfällen auf Autobahnen, hierbei fuhr jeweils ein Lkw-Fahrer auf ein Fahrzeug am Stauende auf. Sechs Personen starben bei Unfällen auf sonstigen Straßen außerhalb geschlossener Ortschaften und drei Personen bei Unfällen innerhalb geschlossener Ortschaften.

Von den getöteten Personen waren sieben mit dem Pkw, je zwei mit dem Lkw bzw. Kraftrad und eine zu Fuß unterwegs.

Nach Alter aufgeschlüsselt waren die Risikogruppen der Seniorinnen und Senioren sowie der jungen Fahrerinnen und Fahrer im Alter von 18 bis 24 Jahren am stärksten vertreten. Sechs der zwölf Getöteten waren älter als 65 Jahre, davon vier älter als 75 Jahre. Einer der Verstorbenen gehörte zur Gruppe der jungen Fahrerinnen und Fahrer.

Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden ist leicht auf 747 gestiegen (2020: 726). Neben den Unfällen mit tödlich verletzten Personen erlitten bei 116 Unfällen die Beteiligten schwere Verletzungen (2020: 102). Bei 620 Unfällen waren die Verletzungen leicht (2020: 619). Insgesamt wurden bei Unfällen 968 Personen verletzt, 2020 waren es noch 913.

1.439 Verkehrsunfälle mit anschließender Fahrerflucht wurden 2021 registriert (2020: 1.499). Die Aufklärungsquote blieb mit 44,34 % auf

dem Vorjahresniveau.

Im Jahr 2021 wurden 311 Verfahren gegen Verkehrsteilnehmende eingeleitet, weil sie unter dem Einfluss von Alkohol ein Kraftfahrzeug geführt hatten, ohne an einem Unfall beteiligt gewesen zu sein. Während diese Zahl sich nicht verändert hat, stieg die Zahl der sog. „folgenlosen“ Fahrten unter Medikamenten- oder Drogeneinfluss auf 339 an (2020: 188) und erreichte damit wieder das Niveau vor der Corona-Pandemie.

Wildunfälle machen einen Anteil von über 20 Prozent an den gesamten Unfällen aus. Im Jahr 2021 wurden bei 1.328 Wildunfällen drei Menschen schwer und vierzehn leicht verletzt.

Die Unfallzahlen bei den jungen Fahrerinnen und Fahrern im Alter von 18 bis 24 Jahren stiegen etwas stärker an als im Durchschnitt. Sie waren an 963 Unfällen beteiligt (2020: 883) und in 725 Fällen auch die Unfallverursachenden (2020: 667). Diese Risikogruppe bildet einen Anteil von lediglich etwa 7 % an der Gesamtbevölkerung. Daher unterstützt die Polizei weiterhin Präventionsmaßnahmen, um diese Personen möglichst umfassend zu sensibilisieren

Ältere Verkehrsteilnehmende ab 65 Jahren waren im Jahr 2021 an 1.176 Unfällen beteiligt (2020: 1.148). Dies entspricht ungefähr ihrem Anteil an der Bevölkerung. Aber bei 917 Unfällen und damit zu etwa 78 % waren sie auch Hauptverursachende (2020: 891).

Bei der Altersgruppe ab 75 Jahre waren im Jahr 2021 insgesamt 626 Personen an Unfällen beteiligt (2020: 648). Davon wurden sie in 508 Fällen auch als Verursachende erfasst (2020: 519). Dies entspricht einem Anteil von über 80 %.





POLIZEI
NIEDERSACHSEN

KLAR HALTE ICH gleich nicht mehr DIE SPUR.

#FAHRKLAR Sei ehrlich zu dir selbst.



Wer sicher ans Ziel kommen möchte, sollte ausschließen, dass Müdigkeit, Medikamente, Alkohol oder andere Drogen mitfahren. Denn sie gefährden nicht nur einen selbst, sondern auch alle anderen Verkehrsteilnehmenden.

REGIONALE KONTROLLGRUPPE DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG



Für mehr Sicherheit auf unseren Straßen

Die Regionale Kontrollgruppe der PD Lüneburg (RKG) setzte sich im Jahr 2021 aus insgesamt 76 Mitarbeitenden der gesamten Polizeidirektion zusammen. Der RKG angegliedert sind der Kraftradkontrolltrupp (MT, 15 Mitarbeitende) sowie der Drogenkontrolltrupp (DiS, 88 Mitarbeitende).

Als Aufrufeinheit führt die RKG mehrmals im Jahr grundsätzlich auf den BAB' en Schwerpunktkontrollen durch. Die Kontrollen des Kraftradkontrolltrupps, des Drogenkontrolltrupps sowie des Kontrolltrupps für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge (Teileinheit der RKG) finden vorrangig im untergeordneten Straßennetz statt.

Im Rahmen dieser speziellen Verkehrsüberwachung führen die RKG und die angegliederten Trupps Kontrollen des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs, motorisierter Zweiräder sowie der Fahrtüchtigkeit von Fahrzeugführenden durch.

Kontrolliert werden unter anderem:

- **Vorschriften des Fahrpersonalrechts (Sozialvorschriften, Lenk- und Ruhezeiten)**
- **Technischer Zustand von Kfz**
- **Transporte von Lebewesen**
- **Großraum- und Schwertransporte (GST)**
- **Gefahrguttransporte**
- **Abfalltransporte**
- **Gewerblicher Personenverkehr**
- **Ladungssicherung**
- **Land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge (LoF)**
- **Fahrzeugführende bezüglich Beeinflussung durch berauschende Substanzen**
- **Krafträder**

Im Jahr 2021 konnten von den geplanten 27 Kontrollterminen der RKG (inkl. MT und DiS) aufgrund der Corona-Pandemie lediglich 12 Kontrollen durchgeführt werden.

Eine weitere Kontrolle fand in Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen aus Hamburg, im dortigen Zuständigkeitsbereich, statt.



Der **Kontrolltrupp für land- oder forstwirtschaftliche Fahrzeuge (LoF)** der Polizeidirektion Lüneburg besteht seit dem Jahr 2013 und hat fachspezifisch fortgebildete Mitglieder. Der LoF-Kontrolltrupp ist die einzige Einheit der Regionalen Kontrollgruppe, die ausschließlich abseits der Autobahnen tätig ist. Bei den Kontrollen werden Fahrzeuge, die nach ihrer Bauart zur Verwendung für land- oder forstwirtschaftliche Zwecke bestimmt sind, sowie deren Fahrerinnen und Fahrer sowie die Ladung kontrolliert.

Die bisherigen Ergebnisse zeigen, dass diese Kontrollen im Sinne der Verkehrssicherheit erforderlich sind: Etwa 76 Prozent der 2021 kontrollierten Fahrzeuge wurden beanstandet, bei mehr als jedem dritten Fahrzeug musste die Weiterfahrt untersagt werden.



Bei den Kontrollen von Leberdiertransporten werden Fahrzeuge und Besatzungen speziell auf die Einhaltung der Vorschriften der EG-VO 1/2005 und der Tierschutztransportverordnung sowie der tierseuchenrechtlichen Vorschriften hin überprüf. Dies erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Veterinärämtern der Landkreise und auf EU-Ebene über das Niedersächsische Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES).

Dazu werden in der Regel pro Jahr zwei Kontrollen sowie ein Seminar „Transporte von Leberdieren“ durchgeführt. Die Kontrollen betreffen sowohl Transporte von Schlachttvieh als auch von Zuchttieren.

Bei den Kontrollen wird die Einhaltung der verkehrsrechtlichen Vorschriften sowie der fahrpersonalrechtlicher Vorschriften (Lenk- und Ruhezeiten) überprüf.

Die Beanstandungsquote lag 2021 bei rund 50 %. Hauptbeanstandungen liegen im Bereich des zulässigen Gesamtgewichtes, der zulässigen Fahrzeugabmessungen, der fehlenden Mindestbodenfläche sowie der fehlenden Rückenfreiheit. In mehreren Fällen konnten auch verletzte bzw. nicht transportfähige Tiere festgestellt werden.

Der **Kontrolltrupp für Gefahrgut** ist ein spezialisierter Trupp, der Gefahrguttransporte im nationalen und internationalen Verkehr kontrolliert. Für diese Tätigkeit ist eine mehrwöchige Grundqualifikation mit abschließender Prüfung für die Kontrollkräfte erforderlich.

Im Jahr 2021 konnten Corona bedingt nur wenige Kontrollen durchgeführt werden. Hierbei ergaben sich hohe Beanstandungsquoten.

Die Mitarbeitenden des **Drogenkontrolltrupps** sind zuständig für die Drogenbekämpfung im Straßenverkehr im gesamten Gebiet der PD Lüneburg.



Der Schwerpunkt liegt im Bereich der Erkennung vorliegender Alkohol- und / oder Betäubungsmittelintoxikationen sowie im Erkennen von Medikamentenbeeinflussung und der Prüfung der Fahrtauglichkeitsprüfung im Zusammenhang mit körperlichen Mängeln.

Die Kolleginnen und Kollegen sind bundesweit vernetzt und werden auch zu Kontrollen anderer Bundesländer entsandt.

Der **Kraftradkontrolltrupp** (MT) wird in den letzten Jahren vorrangig im Hinblick auf das Erkennen von technischen Mängeln an Krafträdern eingesetzt, vor allem an Krafträdern der Marke Harley Davidson. Diese werden zum einen vorrangig von OMCG genutzt und zum anderen am häufigsten durch illegale Umbauten, insbesondere im Bereich der Abgasanlagen, modifiziert/getunt. Der MT kann Schalldruckmessungen als Beweismittel durchführen. Hierbei festgestellte Manipulationen können zum Erlöschen der Betriebserlaubnis führen.

Der MT nimmt im Rahmen seiner Tätigkeit auch an überregionalen Kontrollen teil, so z. B. in Hamburg bei den Harley Days oder in Brandenburg beim Motorcycle Jumboree.

Der MT ist bundesweit vernetzt und nimmt bundesweit an Fortbildungen teil, u. a. mehrfach in Baden-Württemberg oder in 2021 beim bundesweiten Workshop „Überprüfung von motorisierten Zweirädern“ in Brandenburg.



DER FERNFAHRERSTAMMTISCH DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG



„Für Ihre Sicherheit – mit uns im Gespräch“

Unter diesem Motto stehen die so genannten Fernfahrerstammtische, die in mittlerweile vielen Bundesländern an über 20 Standorten durchgeführt werden. Im November 2002 wurde der erste Fernfahrerstammtisch, damals noch auf der Rastanlage Hollenstedt an der Autobahn A 1 in Richtung Bremen, durchgeführt. Zuvor waren bereits in Nordrhein-Westfalen und Bayern Fernfahrerstammtische durch die örtliche Autobahnpolizei ins Leben gerufen worden. Durch die Fernfahrerstammtische sollte das Verhältnis zwischen Polizei, anderen Kontrollbehörden und den Lkw-Fahrerinnen und Fahrern bzw. den Unternehmerinnen und Unternehmern verbessert werden.

Die Gründe für die Einrichtung des Fernfahrerstammtisches waren und sind bis heute:

- Das Gespräch mit den Lkw-Fahrerinnen und Fahrern, die eine ganz wichtige und wesentliche Gruppe unter den Verkehrsteilnehmenden darstellen, suchen.
- Vorbehalte und Ängste gegenüber der Polizei abbauen.
- Unternehmerinnen und Unternehmer und Verbände mit ins Boot holen, um sicherheitsrelevante Themen zu besprechen und zu kommunizieren.
- Den Fahrerinnen und Fahrern die Möglichkeit bieten, konstruktive Kritik an der Polizei und anderen Kontrollbehörden zu üben.



An dem Fernfahrerstammtisch der Polizeidirektion Lüneburg nehmen unter anderem teil:

- Gesamtverband Verkehrsgewerbe Niedersachsen
- DEKRA
- Bundesamt für Güterverkehr
- Fahrschulen aus der Region
- Verkehrswacht Harburg Land e.V.
- verschiedene Fahrzeughersteller
- Führerscheinstellen der Landkreise u.v.m.



Für die Polizeiinspektion Harburg ist Polizeioberkommissarin Andrea Möller (Autobahnpolizeikommissariat Winsen (Luhe)) als Moderatorin für die Stammtische mitverantwortlich.

Das Team der Moderatorinnen und Moderatoren ist unter fernfahrerstammtisch@pd-lg.polizei.niedersachsen.de erreichbar.

Weitere Informationen zu den Fernfahrerstammtischen in Deutschland gibt es auch unter der Internetseite www.fernfahrerstammtisch.de



Die einzelnen Fernfahrerstammtische behandeln immer ein Thema, zu welchem bei Bedarf Referenten eingeladen werden. Dies können „Dauerbrenner“ sein, wie etwa Ladungssicherung auf Straßenfahrzeugen oder technische Mängel an Schwerverkehrsfahrzeugen. Aber auch aktuelle Themen, wie Änderungen im Führerscheinrecht, werden angesprochen. Im Anschluss an das jeweilige Thema stehen die Moderatorinnen und Moderatoren der Polizei für Fragen und Kritik zur Verfügung.

Der Fernfahrerstammtisch der Polizeidirektion Lüneburg findet jeden 1. Mittwoch im Monat an der A 1, auf der Raststätte Ostetal Süd, statt. Ab 18:30 Uhr haben dann die Fahrerinnen und Fahrer die Möglichkeit mit den Stammtischmoderatorinnen und -moderatoren ins Gespräch zu kommen. Zu den Stammtischen finden sich, je nach Thema, bis

zu 40 Gäste ein. Der Stammtisch der PD Lüneburg genießt über die Region hinaus hohes Ansehen bei Fahrerinnen und Fahrern, Unternehmerinnen und Unternehmern sowie Disponentinnen und Disponenten.

Einmal im Jahr veranstalten die Moderatorinnen und Moderatoren des Stammtisches einen sogenannten Verkehrssicherheitstag auf der Raststätte. Dort haben die Gäste die Möglichkeit, sich an verschiedenen Infoständen über interessante Themen aus der Logistikbranche zu informieren.

Ebenfalls zum festen Programm des Stammtisches gehört die alljährliche Weihnachtsaktion. Dabei werden die Lkw-Fahrerinnen und Fahrer, die es zu den Feiertagen nicht nach Hause geschafft haben, mit einem kleinen Weihnachtspresent überrascht.



KOOPERATIVE LEITSTELLE LÜNEBURG

Sie wählen den Notruf 110 ... und landen hier!

Die Einsatzleitstelle der Polizeidirektion Lüneburg ist als Teil der Kooperativen Leitstelle Lüneburg (KLL) zusammen mit der Feuerwehreinsatz- und Rettungsleitstelle (FEL) des Landkreises Lüneburg seit dem 24.08.2015 in Betrieb.

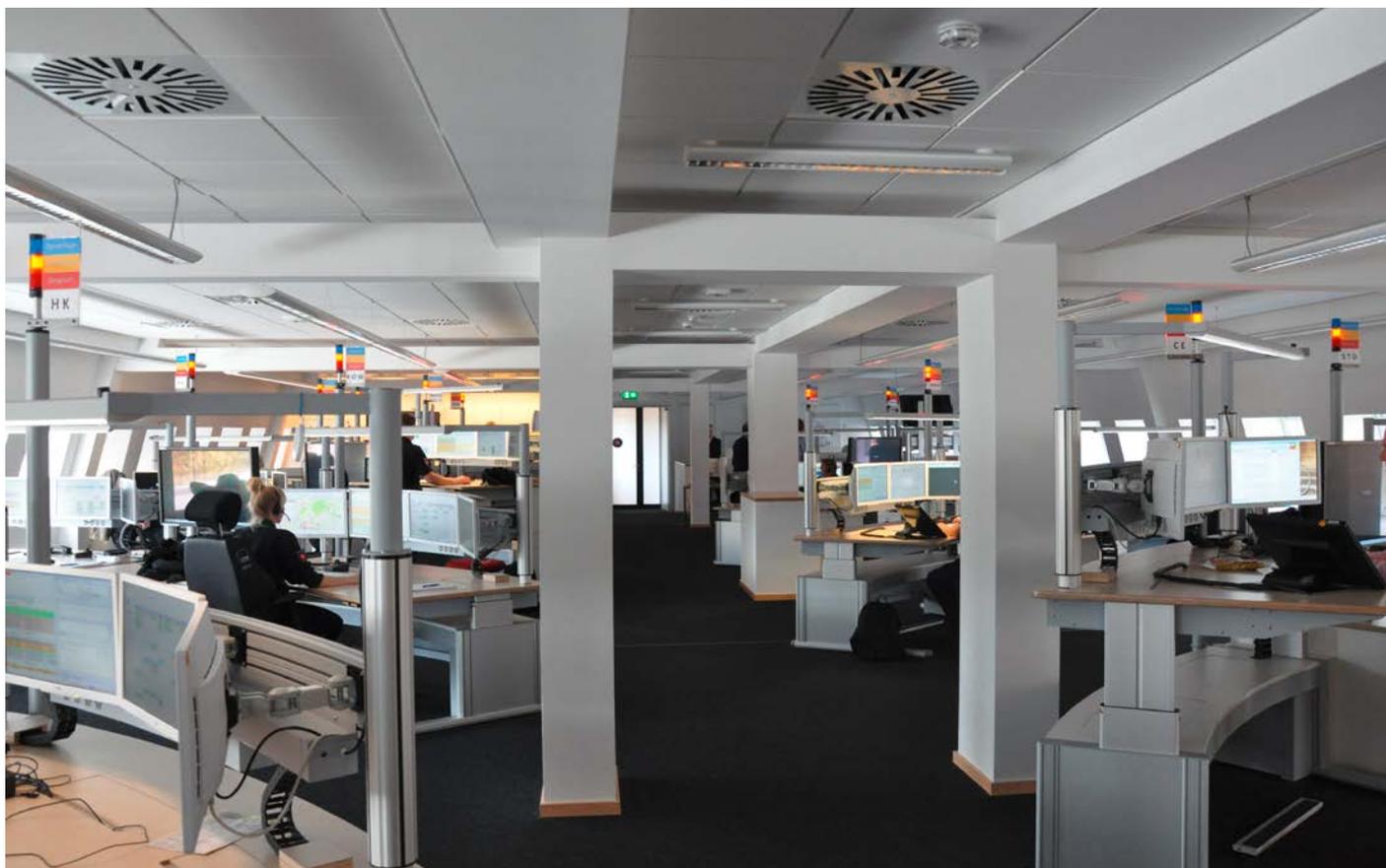
Zum Zuständigkeitsbereich der Einsatzleitstelle der Polizeidirektion gehören die folgenden sechs Polizeiinspektionen, die das Gebiet von insgesamt acht Landkreisen abdecken:

- PI Celle
- PI Harburg
- PI Heidekreis
- PI Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen
- PI Rotenburg
- PI Stade

In der Einsatzleitstelle der Polizeidirektion sind ca. 100 Mitarbeitende tätig. Sie stellen an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr den Betrieb sicher. Auf diese Weise gewährleisten sie das Notruf- und Einsatzmanagement für ca. 1,28 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner.



Im Jahr 2021 sind über den Notruf 110 insgesamt 198.142 Anrufe eingegangen und damit geringfügig mehr als im Jahr davor (2020: 198.115).



Sie rufen an – das passiert bei uns!

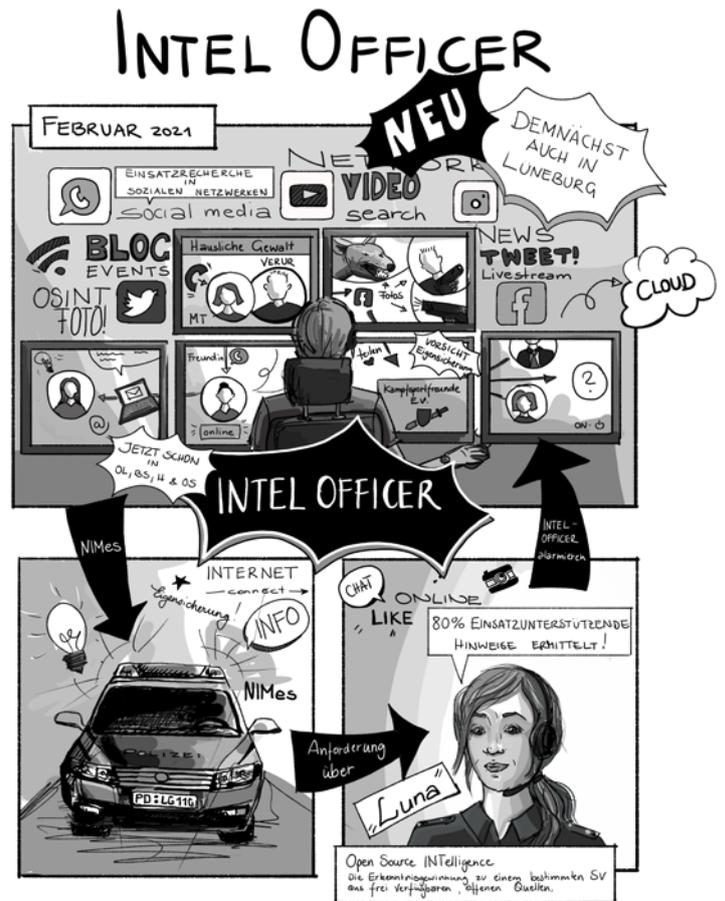
Nach der Notruferfassung stellen die Mitarbeitenden der Einsatzleitstelle schnellstmöglich sicher, dass der Anruferin oder dem Anrufer die notwendige Hilfe erhält.

Wählt jemand aus einem der Landkreise im Zuständigkeitsbereich die 110, nimmt eine Polizeibeamtin oder ein Polizeibeamter den Notruf entgegen. Anschließend werden alle notwendigen Informationen erfragt, um die Lage vor Ort und den (polizeilichen) Handlungsbedarf einzuschätzen. Jeder Notruf wird dokumentiert und aufgezeichnet.

Wird nach Bewertung des Sachverhalts ein polizeilicher Handlungsbedarf erkannt, werden die erfassten Informationen an die Einsatzdisposition übergeben. Einsatzdisponentinnen und – disponenten sind ebenfalls Polizeibeamte, die die Koordinierung der weiteren Abläufe übernehmen.

Per Funk werden Polizeidienststellen und / oder Funkstreifenwagen verständigt und über den Einsatz informiert. Je nach Einsatzanlass kann eine fortlaufende Informationsweitergabe oder eine weiterführende Einsatzkoordination der eingesetzten Fahrzeuge erforderlich werden. Bei Bedarf fordert die Leitstelle weitere polizeiliche Kräfte an, wie z.B. Diensthunde, Polizeihubschrauber oder Spezialeinheiten. Sollte sich während des Einsatzablaufs die Notwendigkeit zur Verständigung von Feuerwehr oder Rettungsdienst ergeben, wird die örtliche zuständige kommunale Leitstelle angesprochen.

Unterstützend werden der sogenannte Intel Officer und der Einsatzbegleitende Service tätig. Die Mitarbeitenden dieser beiden Bereiche suchen in polizeilichen Auskunftssystemen, im Internet und den sozialen Medien nach relevanten



Einsatzinformationen und dokumentieren die Ergebnisse im Einsatzleitsystem.

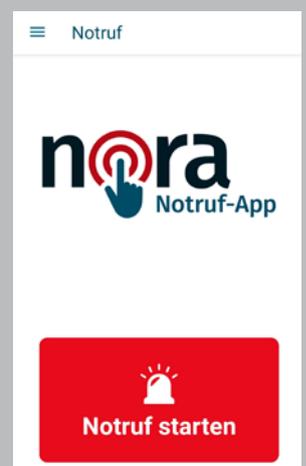
Hauptverantwortlich für alle internen Abläufe der Einsatzleitstelle ist die die Einsatzführerin / der Einsatzführer und für die externen Abläufe die Leitende Beamtin / der Leitende Beamte vom Dienst.

Notruf-App NORA

Notrufeinrichtungen von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst sind mittlerweile nicht nur telefonisch, sondern auch per App erreichbar.

Die Notruf-App NORA lässt sich kostenlos über den jeweiligen App-Store auf das Smartphone laden. In der App müssen Name und Telefonnummer des Nutzers hinterlegt werden. Im Notfall kann über die App der Notfall-Ort angegeben, die Art des Notfalls aus einem Menü ausgewählt und der Notruf abgesandt werden. Anschließend wird über ein Chat-Fenster die Verbindung mit der zuständigen Leitstelle hergestellt. Die hilfeschende Person kann sich dann mit Mitarbeitenden der Leitstelle verständigen.

Weitere Informationen zur Notruf-App Nora finden Sie unter: <https://www.nora-notruf.de/de-as/startseite>



GEWALT GEGEN POLIZEIVOLLZUGS-BEAMTINNEN UND -BEAMTE (PVB)

Jeden zweiten Tag wird eine Polizistin oder ein Polizist im Dienst verletzt.

Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten umfasst alle Formen von verbaler Gewalt bis hin zu Körperverletzung und Tötung. Statistisch erfasst wird jedoch nur die enger gefasste Gewaltkriminalität.

Die Polizeidirektion Lüneburg hat sich mit dieser Thematik befasst, um die Rahmenbedingungen und die Betreuung der betroffenen Kolleginnen und Kollegen durch geeignete Maßnahmen weiter zu verbessern. Neben der Einführung zusätzlicher Einsatzmittel, wie der Bodycam, wurden sowohl die Betreuungsmechanismen optimiert, als auch ein jährliches Lagebild erstellt.

Ein Lagebild zur Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte bietet eine geeignete Grundlage für strategische Maßnahmen zum Schutz aller Mitarbeitenden der Polizei in den Bereichen Aus- und Fortbildung, Führungs- und Einsatzmittel sowie Fürsorge.

Ein Lagebild ermöglicht zudem, alle Facetten des Phänomens Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte sowie die jeweiligen Ausgänge der Strafverfahren widerzuspiegeln.

Gewaltdelikte

Zusätzlich zum Widerstand gegen PVB werden in dem jährlich wiederkehrenden Lagebild folgende Delikte abgebildet:

- Nötigung
- Bedrohung
- Freiheitsberaubung
- Raubdelikte
- Einfache, gefährliche und schwere Körperverletzung
- Körperverletzung mit Todesfolge
- Totschlag
- Mord

Nachfolgend werden einige Bereiche des Lagebildes dargestellt.

Gedenkminute auf dem Lüneburger Marktplatz anlässlich der im Dienst getöteten Polizeivollzugsbeamtin /-beamten in Kusel.

Widerstand gegen Polizeivollzugsbeamtinnen/-beamte

Im Zuständigkeitsbereich der PD Lüneburg ist es im Jahr 2021 zu 259 Widerständen gegen PVB gekommen. Dies bedeutet eine Senkung um 27 Fälle (- 9,4%) im Vergleich zum Vorjahr.

Zu den Widerstandshandlungen kam es vorrangig bei Fest- und Ingewahrsamnahmen (58 Fälle) sowie bei Identitätsfeststellungen/Sachverhaltsklärungen (47 Fälle).

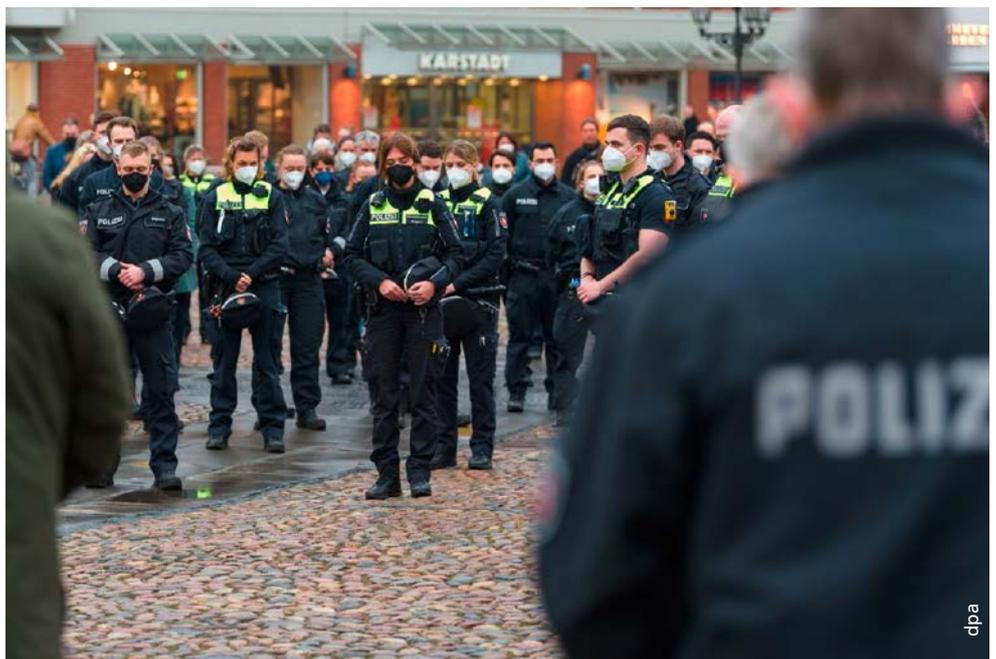
Körperverletzungsdelikte / Tötungsdelikte

Im Jahr 2021 kam es zu 178 tätlichen Angriffen und 12 gefährlichen Körperverletzungen zum Nachteil von Polizeibeamtinnen und -beamten.

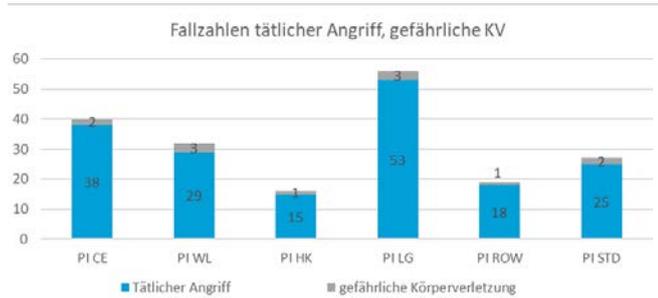
Analog zu den Widerstandshandlungen kam es vorrangig zu Körperverletzungsdelikten im Rahmen von Fest- oder Ingewahrsamnahmen (42 Fälle) sowie bei der Identitätsfeststellung/Sachverhaltsklärung (40 Fälle).

Insgesamt waren 390 PVB betroffen, davon 103 Polizeibeamtinnen und 287 Polizeibeamte. Von diesen wurden 107 PVB (28 weiblich und 79 männlich) leicht verletzt.

In der Gesamtbetrachtung der Delikte Körperverletzung, gefährliche Körperverletzung, schwere Körperverletzung und dem tätlichen Angriff kam es zu einer Abnahme in diesem Deliktsbereich auf 190 Taten im Jahr 2021 (2020: 223 Taten).



Nach Inspektionen aufgeschlüsselt, ergibt sich folgende Verteilung:



Nötigung/Bedrohung

Im Jahr 2021 kam es zu 13 Nötigungen zum Nachteil von PVB. Dabei waren 16 PVB (sechs weiblich und zehn männlich) betroffen. Darüber hinaus kam es zu 67 Bedrohungen zum Nachteil von 145 PVB (38 weiblich und 107 männlich). Die Bedrohungen nahmen im Vergleich zum Vorjahr erneut um 8 % zu. Im Rahmen der strafbaren Handlungen wurden zwei Beamte leicht verletzt.

Opfer

Bei den Gewaltanwendungen wurden 188 PVB leicht und eine PVB'in schwer verletzt. Gegenüber 2020 ist somit ein Rückgang um 39 verletzte PVB bzw. 17% zu verzeichnen. Die Dienstunfähigkeit infolge der Verletzungen der Polizeibeamtinnen und -beamten ist ebenfalls gesunken, allerdings nicht in gleichem Umfang wie der Rückgang der Verletzungszahlen. PVB aus dem Einsatz- und Streifen-dienst stellen von den Betroffenen den höchsten Anteil.

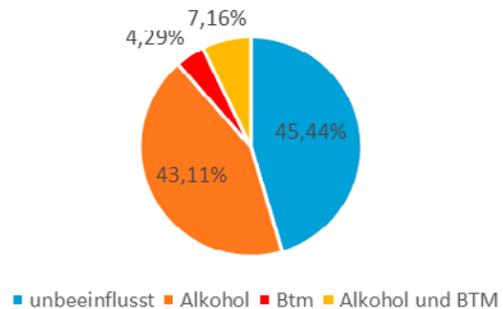
Häufige Anlässe für Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte stellen die polizeilichen Maßnahmen Identitätsfeststellung/Sachverhaltsklärung mit 105 Fällen sowie Fest- und Ingewahrsamnahmen mit 120 Fällen dar. Die Gewalttaten fanden vorrangig im privaten Umfeld der Täterinnen und Täter (Grundstück/Haus) sowie auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen statt.

Täterinnen und Täter

Im Bereich der Polizeidirektion Lüneburg kam es im Jahr 2021 zu 531 Gewaltdelikten gegen PVB. Zu diesen Gewaltdelikten wurden 559 Tatverdächtige ermittelt. Diese unterteilten sich in 479 männliche und 80 weibliche Tatverdächtige.

Von den 559 Tatverdächtigen waren insgesamt 241 Tatverdächtige (216 männlich/25 weiblich) alkoholisiert, 24 TV (21 männlich/drei weiblich) standen unter dem Einfluss von Betäubungsmitteln und bei 40 TV (37 männlich/drei weiblich) lag eine sogenannte Mischintoxikation vor.

Tatverdächtige unter dem Einfluss berauschender Mittel



Aus der Altersstruktur der Tatverdächtigen ergeben sich keine Besonderheiten. Bei den 592 tatverdächtigen Personen handelte es sich um 496 Erwachsene, 53 Jugendliche und 10 Kinder. In der Gruppe der 496 erwachsenen Tatverdächtigen sind Heranwachsende im Alter von 18-21 Jahren mit 61 Tatverdächtigen und die jungen Erwachsenen im Alter von 21-25 Jahren mit 77 Tatverdächtigen vertreten.

„Jeder Angriff auf eine Polizeibeamtin oder einen Polizeibeamten ist immer auch ein Angriff auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung.“

Polizeipräsident Thomas Ring am 04.02.2022 am Rande der Gedenkveranstaltung für die beiden bei Kusel erschossenen PVB.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick darüber, in wie vielen Fällen der zuvor aufgeführten Delikte die Täterinnen und Täter eine Bewaffnung mitführten, damit drohten oder diese sogar einsetzten. Im Vergleich zum Vorjahr ist festzustellen, dass die Bewaffnung von Täterinnen und Tätern insgesamt leicht abgenommen hat. Jedoch wurden vermehrt echte Schusswaffen sowie Reizgas bei Tatbegehung mitgeführt, außerdem sind doppelt so häufig Hieb- und Stichwaffen aktiv gegen PVB eingesetzt worden.

Waffe / Gegenstand	mitgeführt	gedroht	eingesetzt
Echte Schusswaffe	4	1	0
Waffenähnlicher Gegenstand	3	1	0
Hieb /Stichwaffe	4	8	4
Reizgas	6	0	2
Wurfgegenstände	0	3	11



BEKÄMPFUNG KRIMINELLER CLANSTRUKTUREN

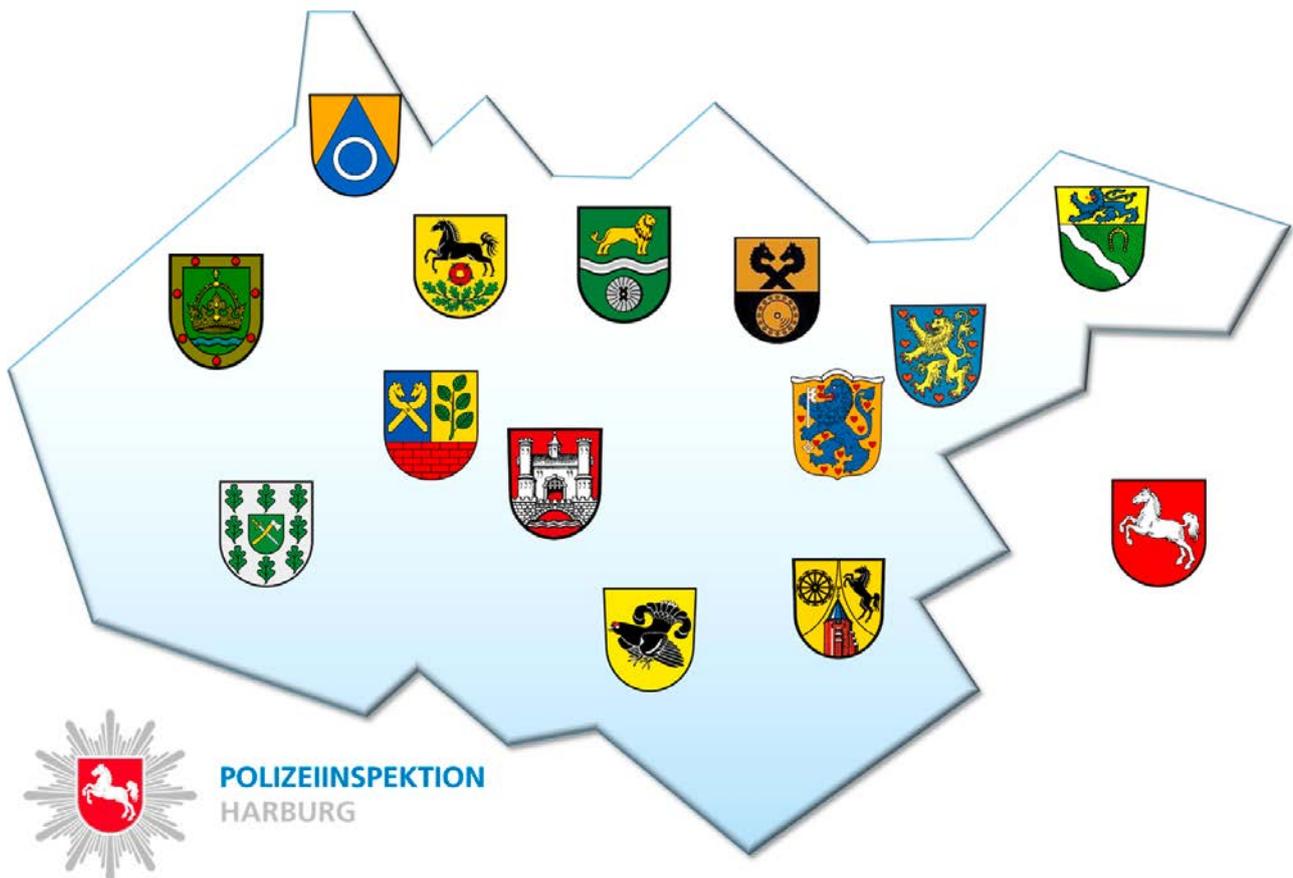
Sicherheitspartnerschaft unterzeichnet

Am 10. November trafen sich Vertreterinnen von Polizei, Landkreis, Kommunen, Gewerbeaufsicht und Finanzbehörden zur Unterzeichnung einer Sicherheitspartnerschaft. Ziel ist die Intensivierung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung krimineller Clanstrukturen, die Polizei und Justiz in Niedersachsen und bundesweit vor große Herausforderungen stellen. Das Phänomen der Clan-Kriminalität bildet seit Jahren einen Schwerpunkt bei der Bekämpfung organisierter Kriminalität.

„Diese Sicherheitspartnerschaft dokumentiert die bereits etablierte Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen“, so Kriminaldirektor Thomas Meyn. Die Partner haben sich auf einen engen Austausch zum möglichst frühzeitigen Erkennen möglicher krimineller Clanstrukturen geeinigt, um dann

ressortübergreifend dagegen vorgehen zu können. Wichtig ist Meyn, dass hierbei ganzheitlich und sehr differenziert vorgegangen wird: „Wir wollen nicht, dass Angehörige von Großfamilien aufgrund ethnischer Herkunft unter Generalverdacht gestellt werden. Aber dort, wo familiäre Verbindungen die Grundlage organisierten kriminellen Handelns bilden und gleichsam die Ablehnung von Gesetzen und Normen fördern, müssen wir diese Entwicklung frühzeitig erkennen und entschlossen gegensteuern.“

Im Kern geht es bei der Sicherheitspartnerschaft um den frühzeitigen und regelmäßigen Austausch von Erkenntnissen sowie die Durchführung gemeinsamer Kontrollen. Mit der Arbeit ist im Jahr 2022 begonnen worden.





Impressum

Herausgeber: Polizeidirektion Lüneburg
Polizeipräsident Thomas Ring
Auf der Hude 2
21339 Lüneburg
Tel.: +49 (0)4131 / 8306-0
www.pd-lg.polizei-nds.de

Redaktion/Koordination: Dezernat 01

Layout: Britta Ruge, buero-im-norden.de

Bildnachweis: Die abgebildeten Fotos wurden von den Urheberinnen/Urhebern

- Polizeiakademie Niedersachsen
- Polizeidirektion Lüneburg
- Nachgeordnete Polizeiinspektionen
- iStockphoto LP (Bildnachweise siehe Bilder)
- Deutsche Presse-Agentur (dpa)
- Polizei-Beratung (www.polizei-beratung.de)
- Pixabay (www.pixabay.com)

freigegeben.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Form der Vervielfältigung bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung durch den Herausgeber.

Druck: Print Point Lüneburg



